Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1946

122 (19.12.1946)

Visual Library

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH. Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 1b—5, Tel. 4051/53. Erscheinungsw. 3mal wöch. Ausgaben f. Karlsruhe, Khe.-Land, Pforzheim (Ebersteinstr. 18) u. für Bruchsal, Friedrichstr., Kaufhaus Schardt.

1. Jahrgang — Karlsruhe, Donnerstag, 19. Dezember 1946 — Nummer 122

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis RM 2.20., durch die Post bezogen RM 2.60 zuzügl. RM 0.36 Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2.—; Ausg. Pforzheim RM 1.-. Amtl. Anz. die Hälfte.

Um den Frieden mit Deutschland

Byrnes zuversichtlich — Oesterreichs Forderungen — Bedeutsame Erklärung des französischen Vertreters im Außenministerrat

Washington, 18. Dez. (dana-Reuter) Der amerikanische Außenminister Byrnes erklärte am 17. d. Mts., daß die Regierung der USA keinerlei Einwendungen gegen den britischen Plan einer Sozialisierung oder Verstaatlichung der Industrien in der britischen Zone Deutschlands hat, vorausgesetzt, daß diese Pläne in Uebereinstimmung mit den Wünschen des deutschen Volkes und in normalem demokratischem Verfahren durchgeführt werden. Byrnes machte diese Feststellung in einer Pressekonferenz. Solche Pläne könnten und würden in keiner Weise das kürzlich abgeschlossene anglo-amerikanische Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung beider Zonen in Deutschland berühren.

Byrnes erklärte weiter, daß er im vollen Umfang den Optimismus Molotows und Bevins über die Ergebnisse der kürzlichen Besprechungen der Außenminister und der Beratungen der UN sowie über die daraus resultierenden Aussichten für einen Erfolg künftiger Verhandlungen teile. „Wir können uns gewiß über die Lage freuen. Dies bedeutet nicht, wie jedermann natürlich erkennen wird, daß alle unsere Schwierigkeiten überwunden sind."

Man habe allen Grund, über den Abschluß der 5 Friedensverträge nach so langwierigen und mühseligen Verhandlungen erfreut zu sein. Eine bessere Nachricht sei aber noch der Fortschritt, der bereits jetzt auf dem Weg zur Ausarbeitung der Verträge mit Deutschland und Oesterreich erzielt worden sei. Je schneller die vier Großmächte den Friedensvertrag mit Oesterreich fertiggestellt hätten, desto schneller würden die Truppen aller beteiligten Nationen aus diesem Land zurückgezogen werden.

Henry A. Wallace, ehemaliger Vizepräsident und Handelsminister der USA, ist nun Herausgeber der Zeitschrift „New Republic". (dana)

Wallace fordert „Völkerfrieden"

New York, 18. Dez. (dana-OANS) Unter der Ueberschrift „Arbeit, Friede und Freiheit" ruft der ehemalige amerikanische Handelsminister Henry A. Wallace in seinem ersten Leitartikel als neuer Schriftleiter der Zeitschrift „Die neue Republik" zum Völkerfrieden auf und schlägt einen Zwanzigjahresplan für die Welt vor. Der Völkerfriede fordere eine internationale Planung seitens Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, um die Produktivität der sog. rückständigen Gebiete der Welt zu fördern. Wallace schlägt zwei Zwanzigjahrespläne vor — einen zur Beendigung des Hungers und des Analphabetentums in der Welt bis 1966 und einen zur Beseitigung ansteckender Krankheiten und zur Schaffung eines höheren Lebensstandards in der ganzen Welt.

„Arbeit, Friede und Freiheit könnten nur dann erreicht werden, wenn sie in allen Staaten der Welt verwirklicht würden."

Auch Moskau nur Etappe?

New York, 18. Dez. (dana-INS) Maurice Couve de Murville, der französische Vertreter im Außenministerrat erklärte hier vor seiner Abreise nach Paris, daß die Friedensverträge für Deutschland und Oesterreich zu umfangreich seien, um in einer Konferenz behandelt zu werden. Murville erklärte: „Wir werden dies nicht in Moskau erledigen können. Die Frage ist zu schwierig und zu wichtig. Es wird nur der Anfang sein. Es wird vielleicht ein Übereinkommen in den großen Fragen zustandekommen, während die Einzelheiten später ausgearbeitet werden. Eine weitere Konferenz wird höchstwahrscheinlich einige Monate nach dem Treffen in Moskau notwendig sein.

Zur französischen Haltung gegenüber Deutschland sagte Murville, Frankreich werde sich im Augenblick nicht an dem Zusammenschluß der Zonen beteiligen.

Oesterreich vor Deutschland?

Wien, 18. Dez. (dana-Reuter) Der österreichische Ministerpräsident Dr. Karl Renner erklärte am 14. Dez. „Oesterreich erwartet und verlangt", „daß es zu den vorläufigen Verhandlungen, die im Januar beginnen sollen, hinzugezogen wird und daß seine Experten eingeladen werden, seinen Fall darzulegen. Oesterreich hat mit Deutschland abzurechnen. Es hat eine Reihe von Kompensationsansprüchen und wünscht ebenfalls in bezug auf das Potsdamer Abkommen gehört zu werden".

Moskau unzufrieden

Moskau, 18. Dez. (ap) Ein Kommentator der sowjetischen Zeitung „Roter Stern" schrieb am 14. d. Mts. zur Unterzeichnung des New Yorker Abkommens: „Hinter dem Angriff auf die Potsdamer Beschlüsse verbirgt sich keine geringe Gefahr. Die Verletzung des Potsdamer Abkommens bedeutet die Wahrung des militärischen und wirtschaftlichen Potentials Deutschlands und eine Hilfe für das Wiedererstehen des deutschen Nationalismus und Militarismus. Der neugeborene deutsche „Führer", Schumacher, und seine Nazi-Waffenbrüder mögen daran interessiert sein, nicht aber das deutsche Volk und auch nicht die Völker aller demokratischer Staaten."

Arbeiterflucht aus der Sowjetzone

Berlin, 18. Dez. (ap) Ein höherer Vertreter der britischen Militärregierung erklärte am 16. ds. Mts., daß der Abtransport deutscher Arbeitskräfte aus der sowjetischen Besetzungszone Deutschlands nach der UdSSR eine Massenflucht Hunderter von Facharbeitern in die britische Besetzungszone zur Folge gehabt hätte.

Internationaler Kontakt hergestellt

Erklärungen Dr. Schumachers nach seiner Rückkehr aus London

Hannover, 18. Dez. (dana) „Der Sinn unserer Reise ist gewesen, den internationalen Kontakt aufzunehmen und Vorschläge dort zu machen, wo man sie auch behandeln kann", erklärte der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, in einem Interview mit Pressevertretern, das er anläßlich seiner Rückkehr von der Englandreise am 13. d. Mts. im Haus der SPD in Hannover gab.

„Wenn wir als Partei nach London kamen, so waren wir natürlich kein Vertragspartner für etwaige bindende Abmachungen, sondern unsere Bemühungen liefen in erster Linie darauf hinaus, Verständnis für unsere freimütige Kritik und für die Notwendigkeit in Deutschland zu finden. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß es dabei nicht nur um die Entwicklung Deutschlands, sondern um die Entwicklung Europas geht."

„Wir haben uns gegen die Politik der Demontage und gegen die Politik von Potsdam gewendet", führte Dr. Schumacher weiter aus. Auch an der Administration und der Verwaltung der Siegermächte in Deutschland habe er in England Kritik geübt. „Ich habe das deutsche Wirtschaftsprogramm nicht allein als ein nationales Programm, sondern als eine im gesamteuropäischen Interesse liegende Notwendigkeit besprochen. Dann haben wir uns ferner gegen die errechnete ungeheure Kapazität gewandt, die Deutschland angeblich aufzuweisen hatte." Die deutschen Sozialdemokraten hätten in England hingewiesen und betont, welche Folgen das Abschneiden von großen Industrien für Deutschland hätte.

Die gute Stimmung, die er bei den Kriegsgefangenen habe feststellen können, sei auf die anständige Behandlung und Verpflegung zurückzuführen. Eine wesentlichere Rolle spiele jedoch die Entlassungsquote, die im Frühjahr noch ausgeweitet werden solle. Die seelische Verfassung der Kriegsgefangenen im mittleren Osten Englands sei nicht ganz so gut. Der Kriegsminister habe aber im Unterhaus erklärt, er werde sich für eine Entlassung dieser Kriegsgefangenen einsetzen. Scheinwahlen, die von den Kriegsgefangenen durchgeführt wurden, hätten in allen Lagern eine starke Mehrheit für die SPD ergeben. Die Grundstimmung sei in den Lagern positiv demokratisch. Anschließend sprach Dr. Schumacher von der Entschlossenheit der Labour-Partei, die Politik der Sozialisierung in der britischen Zone durchzusetzen. „Die Labour-Partei sieht die politische und ökonomische Notwendigkeit dazu ein", fügte Dr. Schumacher hinzu. „Sie möchte auch auf dem europäischen Kontinent ein Stück europäischen Sozialismus haben." Die Engländer hätten im übrigen anerkannt, daß es in Deutschland eine antifaschistische Bewegung gegeben habe.

In diesem Winter werde das ganze bürgerliche Parteisystem Deutschlands ins Rutschen kommen, erklärte der erste SPD-Vorsitzende Deutschlands, Dr. Kurt Schumacher, am 16. d. Mts. in einer Rede vor Funktionären des SPD-Ortsvereins Hannover. Die Stimmung des deutschen Volkes sei offen antikapitalistisch und diesen Antikapitalismus gelte es krisenfest zu machen.

„Wir kennen keine Pro- und keine Antipolitik gegenüber den Besatzungsmächten. Wir werden gut tun, in unserer Politik kein nationalistisches Element hochkommen zu lassen."

Dr. Kurt Schumacher wies den Vorwurf zurück, die SPD sei ein Instrument der britischen Arbeiterpartei geworden. Die Einladung nach England sei völlig im Geiste des internationalen Sozialismus erfolgt.

„Economist" zum Schumacher-Besuch

London, 18. Dez. (dana-Reuter) In einem Kommentar zu dem Aufenthalt Dr. Schumachers in England schreibt der „Economist", daß der Besuch des Leiters der SPD „gewiß angebracht" gewesen sei, jedoch sofort zu internationalen Schwierigkeiten geführt habe, zu heftiger Polemik der sowjetischen Presse und schwerwiegender zum offiziellen Protest Frankreichs gegen den Besuch Schumachers. Es sei nicht unbegründet, wenn Frankreich einer Gefühlsduselei Großbritanniens gegenüber Deutschland ablehnend gegenüber stehe. Trotzdem aber sei die französ. Haltung verkehrt.

„Kann nicht nur ein Mann, der 12 Jahre im Konzentrationslager verbracht hat, den Neuaufbau eines demokratischen Deutschlands innerhalb einer europäischen Gemeinschaft arbeiten? Wer könnte es sonst?

Dana heißt künftig „Dena"

Garmisch-Partenkirchen, 18. Dez. (dana) Die Generalversammlung der Deutschen Allgemeinen Nachrichtenagentur hat am 15. d. Mts. einstimmig beschlossen, den Namen „dana" ab 1. Januar 1947 in „dena" (Deutsche Nachrichtenagentur) zu ändern.

UN-Vollversammlung

Griechenland contra Jugoslawien — Welt-Atomkontrollrat geplant

New York, 18. Dez. (dana) Im Sicherheitsrat der UN ergriff der jugoslawische Botschafter in Washington, Save Kossanowitsch, das Wort. Er beschuldigte den griechischen Premierminister Tsaldaris „flagranter Fälschungen". Der albanische Delegierte und der Vertreter Bulgariens sprachen sich in ähnlicher Form gegen die Erklärungen des griechischen Premierministers über die Grenzzwischenfälle aus.

Für friedliche Beilegung der Streits

Tsaldaris erklärte: „In meiner Eigenschaft als Chef einer frei gewählten Regierung möchte ich erklären, daß Griechenland keine Ansprüche auf Kosten der jugoslawischen territorialen Integrität erheben wird. Ich ersuche den Sicherheitsrat, Maßnahmen zu ergreifen, die der gegenwärtigen Situation, deren Fortsetzung den internationalen Frieden gefährden könnte, ein Ende bereiten."

Nach längerer Debatte wurde beschlossen, beide Staaten aufzufordern, die Verpflichtung zu übernehmen, die Streitigkeiten friedlich beizulegen.

Die einflußreiche sowjetische Zeitschrift „Neue Zeit" schreibt zum Abschluß der UN-Vollversammlung: „Die Erfahrung des Krieges hat gezeigt, daß die freiheitsliebenden Völker eine Lösung der bestehenden Schwierigkeiten finden können, trotz der bestehenden Verschiedenheiten in ihren politischen und sozialen Systemen und in ihren Ideologien."

Ueber die Errichtung eines Weltkontrollrates, der nicht dem Veto des Weltsicherheitsrates unterworfen sein soll, wird in der letzten Sitzung des UN-Atomausschusses beraten werden.

Dieser Vorschlag, der von dem ständigen amerik. Vertreter beim UN-Atomausschuß, Bernard Baruch, eingebracht worden ist, sieht vor, daß ein internationales Kontrollorgan das Recht haben soll, Strafen gegen diejenigen zu verhängen, die gegen den vorgeschlagenen Vertrag verstoßen. Die Niederlande, Brasilien, Frankreich, China und Aegypten kündigten an, sie würden die Baruch-Pläne unterstützen.

Nicht Helfer, sondern Sadisten

Grauenvolle Enthüllungen im Nürnberger Aerzteprozeß

Nürnberg, 18. Dez. (dana) Ueber Versuche an Häftlingen des Konzentrationslagers Dachau berichtete der aufgerufene Belastungszeuge Heinrich Wilhelm Stoehr im Nürnberger Aerzteprozeß: Etwa 50 Menschen seien für Seewasserversuche im Sommer 1944 von Auschwitz nach Dachau gebracht worden.

Eine andere Gruppe bestand aus etwa 20 Deutschen, denen Eiter injiziert wurde. Bei den Versuchspersonen bildeten sich daraufhin tiefliegende Abzesse und die Patienten hatten unter ungeheuer starken Schmerzen zu leiden. Von etwa 40 Geistlichen, mit denen die gleichen Experimente angestellt wurden, kamen nach Aussagen Stoehrs 12 ums Leben.

Im Rahmen der „Invalidenaktion", die sich regelmäßig wiederholte, seien, so führte der Zeuge Walter Neff aus, Lungenkranke, Krüppel und andere unheilbar Kranke ausgesucht und zu einem „Arbeitskommando" verschickt worden, von dem sie nie wieder zurückkehrten.

Der Zeuge berichtete über die am 22. Februar 1942 von Rascher und dem Angeklagten Hans Wolfgang Romberg begonnenen Höhenversuche, zu denen man 180 bis 200 Häftlinge verwendet habe. 70 bis 80 davon seien ums Leben gekommen. Bei den Unterkühlungsversuchen seien nach Angaben Neffs von den 280 bis 300 Versuchspersonen 80 bis 90 gestorben. Sie starben jedoch nicht während des Versuches, wie bei den Unterdruckversuchen, sondern später während der Wiederbelebung. Als schlimmsten Versuch, der je gemacht wurde, bezeichnete Neff die Unterkühlung zweier russischer Offiziere, die zweieinhalb Stunden bei voller Besinnung im Eiswasser zubrachten und erst nach fünf Stunden starben.

Der amerik. Anklagevertreter Alexander G. Hardy verlas eidesstattliche Erklärungen der Angeklagten Rudolf Brandt, Oskar Schröder und Konrad Schäfer aus denen hervorgeht, daß die Gefährlichkeit der Meerwasserexperimente in höchsten Aerztekreisen „ein offenes Geheimnis" gewesen sei. Auch dem Oberkommando der Kriegsmarine und der Luftwaffe sei genau bekannt gewesen, daß bei diesen Versuchen Methoden angewandt wurden, die schwerste gesundheitliche Schäden oder den Tod der Versuchspersonen herbeigeführt hätten..

Am 16. Dezember wurde von der Anklage ein Zeuge aufgerufen, der als Jude im Herbst 1943 im Rahmen des Sterilisationsprogramms Himmlers und Hitlers in Auschwitz kastriert wurde.

Der Zeuge, dessen Name mit Rücksicht auf die noch lebenden Verwandten und Bekannten nicht veröffentlicht werden darf, schilderte, wie er Ende August 1943 sterilisiert wurde. Zwei bis drei Tage später hätten die durch die Sterilisierung verursachten Brandwunden zu eitern begonnen, was die KZ-Wache jedoch nicht gehindert hätte, ihn unter Schlägen und Mißhandlungen bis zum Zusammenbrechen weiterarbeiten zu lassen. Der Zeuge brach in heftiges Schluchzen aus, als er schilderte, wie er drei Wochen nach der Sterilisation nach Auschwitz transportiert und kastriert wurde.

Der Angeklagte Brack bezeugte, daß der Euthanasie 1941 nach seiner Schätzung 50 bis 60 000 Menschen zum Opfer gefallen seien. Abschließend behauptete Brack, daß schon 1941 in hohen Parteikreisen die Ausrottung der Juden in Deutschland und in den besetzten Gebieten offenes Geheimnis gewesen sei und daß er „um weniger brutal zu sein", die Sterilisation der Juden vorgeschlagen habe.

Ein junger Mensch mit dem Gesicht eines Greises hinkte am 16. Dezember in den Nürnberger Gerichtssaal, stellte seine Krücken beiseite und setzte sich ganz vorn hin, zitternd auf die 23 Aerzte in der Anklagebank starrend. Es war Bessing, ein schwedischer Jude, der jahrelang ein Opfer der Experimente der hier angeklagten Aerzte war. Bessing wird kaum noch längere Zeit außerhalb eines Krankenhauses leben können. Hautüberpflanzungen, Muskeloperationen, Punkturen, Injektionen, sogar die Sterilisation hat er über sich ergehen lassen müssen.

Der Gerichtshof des zweiten Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesses. Von links nach rechts: Harold L. Sebring vom höchsten Gerichtshof in Florida; der Gerichtspräsident Walter B. Beals vom höchsten Gericht des Staates Washington; Johnson Tal Crawford, ehemaliger Richter in Oklahoma, und Victor C. Swaaringen, ehemaliger Assistent des Staatsanwaltes von Michigan. (dana-Bild)

Funkmeldungen:

Aus aller Welt

Paris. General Bernhard Ramcke, der Befehlshaber der Festung Brest zur Zeit der Invasion war und sich den Alliierten im September 1944 ergab, wurde von den britischen Behörden an Frankreich ausgeliefert, wo er unter der Anklage, Kriegsverbrechen begangen zu haben, vor Gericht gestellt werden soll. (dana-Reuter)

Paris. Edouard Herriot ist von der Leitung der Koalition der Linksrepublikaner zurückgetreten. (dana)

Paris. „Die Freundschaft zwischen Persien und der Sowjetunion ist enger denn je", erklärte der persische Botschafter am Mittwoch in Paris. (dana-Reuter)

Paris. Das neugebildete Kabinett Leon Blum, das am 17. Dez. durch ein Vertrauensvotum der Nationalversammlung bestätigt wurde, ist am 18. Dez. zu seiner 1. Sitzung zusammengetreten. Als erstes wurde ein Erlaß angenommen, nach dem es den öffentlichen Staatsangestellten untersagt ist, ohne die Genehmigung des Ministerpräsidenten Interviews zu geben oder Pressekonferenzen abzuhalten. (ap)

Nanking. In einer Entschließung der chinesischen Verfassungskommission, die dem chinesischen Parlament zur Billigung vorgelegt werden wird, ist vorgesehen, daß an Stelle von Nanking Peking wieder die Hauptstadt Chinas werden soll. (dana)

Letzte Neuigkeiten

CSU Bayern gegen Kandidatur Müller

München, 19. Dez. (ap) Dr. Josef Müller, der Führer der Christlich-Sozialen Union, wurde am Mittwoch von seiner eigenen Partei zugunsten Dr. Anton Pfeiffers als Kandidat für den bayerischen Ministerpräsidentenposten abgelehnt. Die 104 CSU-Abgeordneten der bayerischen Legislative stimmten mit 54 gegen 40 Stimmen und 10 Enthaltungen für Dr. Anton Pfeiffer, den gegenwärtigen Entnazifizierungsminister. Damit schwinden Dr. Müllers Chancen für den Ministerpräsidentenposten, der durch den Rücktritt Dr. Wilhelm Hoegners freigeworden ist. Die Legislative wird den Ministerpräsidenten für vier Jahre wählen.

Kriegsgefangene kehren heim

Frankfurt, 19. Dez. (dana) Etwa 6400 deutsche Kriegsgefangene werden wöchentlich aus Caserta (Italien) in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands übergeführt, wie aus einer Mitteilung des Hauptquartiers der amerikanischen Streitkräfte hervorgeht. Sie werden in den Lagern Dachau und Heilbronn entlassen werden. Im ganzen erwarten noch etwa 35 000 deutsche Kriegsgefangene in Italien ihren Heimtransport.

Gerst entlastet

Frankfurt, 18. Dez. (dana) Karl Wilhelm Gerst, der frühere Lizenzträger der „Frankfurter Rundschau" wurde in der Montagverhandlung der Frankfurter Spruchkammer entlastet.

KURZ BELEUCHTET

Am 10. März 1947 soll die Friedenskonferenz in Moskau beginnen. Zwei Jahre fast nach dem deutschen Zusammenbruch, aber schließlich doch. Es hat sich gerade im Laufe dieses Jahres gezeigt, daß ein längeres Verzögern leicht bewirken kann, die mühsam erzielten Fortschritte im staatlichen und wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands zu gefährden, wenn nicht ein Friedensvertrag sichere Fundamente schafft, auf denen weitergebaut werden kann. Die differierenden Auffassungen zwischen den alliierten Mächten führten zeitweilig zu einer Atmosphäre, die Friedensverhandlungen abträglich war. Mit Erleichterung begrüßte man namentlich in Deutschland die folgende Entspannung, verursacht durch eine gewisse Lockerung der russischen Haltung. Die Aussichten, den Friedensvertrag mit Deutschland im Frühjahr abzuschließen, erschienen in einem günstigeren Licht. Es wurden Fortschritte wesentlicher Natur auf dem Wege zur Ausarbeitung der Friedensverträge mit Deutschland und Oesterreich erzielt, man durfte die diesbezügliche Zuversicht des amerikanischen Außenministers Byrnes teilen. Dieser Optimismus wird getrübt durch die heute erfolgte Erklärung des französischen Vertreters im Außenministerrat, de Murville, der die Auffassung äußerte, daß beide Verträge — der mit Deutschland und der mit Oesterreich — zu umfangreich seien, als daß man sie in einer Konferenz behandeln könne. Diese Erklärung ist um so schwerwiegender, als sich der österreichische Ministerpräsident Dr. Renner fast gleichzeitig dafür einsetzt, daß zunächst einmal das österreichische Problem vor dem deutschen behandelt werden soll, da Oesterreich mit Deutschland abzurechnen habe. Es wünsche, in bezug auf das Potsdamer Abkommen gehört zu werden. Wiederum fast gleichzeitig schreibt das sowjetische Organ „Roter Stern" gegen eine Revision des Potsdamer Abkommens, das die Grundlage der Moskauer Konferenz abgibt. Man hat also einen französischen, russischen und österreichischen Vorstoß zu verzeichnen, der zu der Sorge Anlaß gibt, daß auch die Moskauer Konferenz noch keinen Friedensvertrag mit Deutschland bringen wird. Deutschland ist zu sehr Objekt der Politik geworden, um irgendwelchen bestimmenden Einfluß ausüben zu können. Aber Deutschland ist nun einmal vorhanden und ein Problem, ohne dessen Lösung eine wirtschaftliche Gesundung Europas nicht möglich ist. Es leidet mit, wer diese Lösung verzögert, es macht sich um Europa verdient, wer sie beschleunigt. W. S.

Erscheinungstermin der „BNN" zu Weihnachten und Neujahr. Die „BNN" erscheinen in der Weihnachtswoche am Dienstag, 24. Dezember, als Doppelnummer, dann nach den Feiertagen am Samstag, 28. Dezember, und in der Neujahrswoche am Dienstag, 31. Dezember, dann erst wieder am Samstag, 4. Januar.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Unterbilanz des „östlichen" Volkseinkommens

Von Bernhard Mahrholz

Daß die Ostzone weit über ihre Verhältnisse lebt, daß sowohl die öffentliche Hand wie auch der einzelne im Durchschnitt mehr ausgeben als einnehmen, ist eine mehr empirische als statistisch oder zahlenmäßig beweisbare Feststellung. Der Substanzverzehr im Kriege durch den Staat ist überwiegend durch einen individuellen Kapitalverzehr abgelöst worden.

Die tiefgreifenden Wandlungen, welche die Beendigung des Krieges, der Erschöpfungszustand der Industrie, die Verteuerung gewisser Güter und Dienstleistungen, die Veränderungen in den Bewertungen für Waren und Kapitalanlagen und nicht zuletzt die Blockierung der alten Guthaben und Wertpapiere auf die verschiedenen Kategorien der Arbeitseinkommen gehabt haben, haben den deflatorischen Charakter der Ostwirtschaft eindeutig enthüllt. Einkommen und Ausgaben sind daher in ein gefährliches Mißverhältnis geraten.

Eine Gegenüberstellung von Einkommen und Ausgaben in der Ostzone muß naturgemäß in Ermangelung umfassender statistischer Unterlagen problematisch erscheinen. Dennoch hat man den Versuch gemacht, eine solche Bilanz aufzustellen und ist dabei zu beklemmenden Ergebnissen gekommen. Auf Grund von Schätzungen hat man durch Addieren der verschiedenen Einkommensgrößen das gesamte Volkseinkommen in der Ostzone (ohne Berlin) auf 9,5 Milliarden RM berechnet. Dieser Betrag entspricht etwa dem Volkseinkommen im Jahre 1932, dem Tiefpunkt der Wirtschaftskrise, das auf die heute russisch besetzten Gebiete umgerechnet, etwa 9,6 Mrd. RM betrug, gegen 16,5 Mrd. RM in 1928, dem Höhepunkt der Konjunktur und 13,6 Mrd. RM in 1936. Den Einkommen aus Löhnen und Gehältern dürfte eine besonders hohe Quote am Gesamteinkommen einzuräumen sein, während die Einkommen aus Kapitalvermögen und Mieten, Verpachtungen usw. stark gesunken und Rentenzahlungen erst verhältnismäßig spät, und nur in beschränktem Umfang aufgenommen worden sind. Die Unkostenkrise hat zwar den Handelsspannen und damit den gewerblichen Einkommen vorübergehend einen größeren Spielraum gelassen, aber mit der verschärften Preiskontrolle wurden die Gewinnspannen außerordentlich beschnitten. Andererseits haben sich die fixen Kosten vielfach als erhebliche Verlustquelle erwiesen.

Als Ausgabeposten sind dem Volkseinkommen lediglich das Existenzminimum und die Steueraufwendungen gegenübergestellt worden, da alle übrigen Ausgaben heute kaum ins Gewicht fallen. Für das Existenzminimum hat man einen jahresdurchschnittlichen Betrag von 1500 RM. je Haushalt zugrunde gelegt, was bei 5 Millionen Haushalten in der Ostzone einem Betrage von 7,5 Mrd. RM entspricht. Die Aufwendungen für Steuern usw. werden ebenfalls auf 7,5 Mrd. RM geschätzt, ein Betrag, der sich nach Abzug der im Existenzminimum enthaltenen Verbrauchssteuern auf rund 6 Mrd. RM ermäßigt. Schließlich sind auf die Ausgabenseite noch 500 Mill. RM für Investitionen der gewerblichen Wirtschaft, für den Erneuerungs- und Ersatzbedarf von Produktionsanlagen eingesetzt worden, so daß insgesamt die Ausgaben das mutmaßliche Volkseinkommen um rund 4,5 Mrd. RM übersteigen. Ein Teil dieses Defizits ist zweifellos aus dem Brieftaschengeld der Kriegszeit bzw. dem Verkauf von Vermögensobjekten bestritten worden und hat sich irgendwo als „schwarze" Einkommen niedergeschlagen, die steuerlich nicht erfaßt sind, der Volkswirtschaft, insgesamt gesehen, also nicht verloren gehen. Nur wenn Vermögenswerte unwiderbringlich ins Ausland abwandern, entsteht ein echter Substanzverlust. Wenn die Schätzung richtig ist, daß die unsichtbaren, also unversteuerten Einkommen im letzten Jahre etwa 1,5 Mrd. RM betrugen, so bleibt noch das rechnerische Defizit von 3 Mrd. RM aufzuklären.

Ist dieses Vermögen in Form von Gold, Edelsteinen, photographischen Apparaten, Orientteppichen, Gebrauchsgegenständen usw. ins Ausland abgeflossen? Wer vermag die Höhe des „schwarzen" Exports zahlenmäßig auch nur annähernd angeben? Oder ist das Volkseinkommen zu niedrig geschätzt worden? Hierfür aber fehlen jegliche Anhaltspunkte. Unter Zugrundelegung von 5,5 Millionen Beschäftigten (die Ostzone zählt etwa 17 Millionen Einwohner) und einem Jahreseinkommen von 1200 RM würden die Löhne und Gehälter etwa 70 Prozent, bei rund 6 Milionen Beschäftigten etwa 75 Prozent des gesamten Einkommens ausmachen, während sie im Jahre 1932 einen Anteil von 56,9 Prozent hatten. Ob die hier aufgestellte Bilanz der Ostzone zutrifft, kann bei dem Fehlen der wichtigsten Berechnungsunterlagen nur schwer beurteilt werden. Immerhin vermitteln diese roh geschätzten Ziffern einen gewissen Einblick in die beängstigende Disproportionalität zwischen Einkommen und Ausgaben, die durch die Deflationspolitik nur verschärft worden ist.

Der Kapitalverschleiß in der privaten Sphäre ist das Gegenstück zu dem fiskalischen Kapitalverzehr im Kriege, wo die Ausgaben allein des Reiches seit 1941 über das Volkseinkommen (über das amtliche Berechnungen nur bis Ende 1941 vorliegen, das aber in den folgenden Jahren weiter gestiegen, jedoch mindestens seit 1944 rückläufig war) hinausgingen, während sie in 1933 nur fast ein Sechstel des Volkseinkommens ausmachten, wie die nachfolgende Gegenüberstellung zu erkennen gibt:

in Mrd. RM	1933	1938	1941	1942	1943	1944
Volkseinkommen	46,5	89,1	97,8			
Reichs-Ausgaben	8,1	52,1	101,9	128,6	153,0	171,3
Einnahmen	7,8	39,5	75,0	91,6	96,2	69,7
davon Steuern	6,9	24,2	32,3	42,7	38,0*)	37,5*)

*) darunter: vom Reich für die Gemeinden vereinnahmte Gewerbesteuer.

Auf alle Fälle verdient das Faktum des Kapitalschwundes im Querschnitt der Wirtschaft größte Beachtung, um so mehr, als die Ostzone in der Gestalt unausgenutzter Industriekapazitäten einen Kapitalrückhalt kaum besitzt, auf dessen Nutzbarmachung im wirtschaftlichen Wiederaufbau zurückgegriffen werden kann. Die gegenwärtige äußere Anpassung der Steuerschraube hat ihren Zweck erreicht. Ist die Gefahr von fiskalischer Seite aus dank den umfassenden Abschöpfungsmaßnahmen gebannt, so erscheint es an der Zeit, die Last der Besteuerung an die tatsächliche Tragfähigkeit der laufenden Einkommen anzupassen, um den nun schon seit Jahren anhaltenden Kapitalverschleiß durch die Politik einer systemvollen Kapitalmarktpflege allmählich wieder in Kapitalreserven zu verwandeln.

Zweizonen-Export- und Gesundungsplan

Verbesserung der Ernährungslage und Hausbrandversorgung gefordert — Für Einstellung von Demontagen und Neuordnung des Geldwesens

Hamburg, 18. Dez. (dana) Die beiden Pläne für den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft, die von dem Leiter des Zweizonen-Verwaltungsrates für die Wirtschaft, Dr. Rudolf Mueller, aufgestellt wurden, werden in der Zeitung „Die Welt" veröffentlicht und beziehen sich auf einen Gesundungs- und einen Exportplan.

Der Exportplan

Bei den Ausfuhrmöglichkeiten wurde zunächst der für 1947 zu erwartende Produktionsstand geschätzt. Als Grundlage werde von den vorhandenen Industrieanlagen, den verfügbaren Kohlenmengen und der Arbeitsleistung ausgegangen, wie sie nach der geplanten Nahrungsmittelversorgung erwartet werden könne. Der Exportplan gehe von der Annahme aus, daß die erforderlichen Importe an Rohstoffen rechtzeitig zur Verfügung stünden. Da die Ausfuhr den unbedingten Vorrang haben müsse, könne im Inland nur der dringendste Bedarf befriedigt werden. Die Ausfuhrwerte berechne der Exportplan nach den Weltmarktpreisen auf der Basis von einem Dollar gleich 2.50 Mark. Er gliedere sich ferner in eine Berechnung, die von einer Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung bei einer Versorgung mit 1 500 Kalorien ausgehe, und einen zweiten Ansatz, der mit 2 000 Kalorien rechne. In letzterem Falle werde eine Fettration von 800 g je Zuteilungsperiode zugrundegelegt.

Für den Ausbau des Exports müsse der alliierte Industrieplan abgeändert werden, indem das Herstellungsverbot für Aluminium aufgehoben und die Erlaubnis zur Herstellung einer größeren Zahl schwerer Werkzeugmaschinen gegeben werde. Die Produktion von Schwerchemikalien müsse auf den Stand gebracht werden, der dem Bedarf der zugelassenen Verbraucherindustrien entspreche. Der Export von unverarbeitetem Holz soll nach dem Mueller-Plan vermieden werden. Ferner soll Steinkohle weitgehend für die deutsche Industrie zu Veredelungszwecken freigegeben werden. In dem Plan wird darauf hingewiesen, daß Kohlen im Werte von 100 Mill. Mark im Durchschnitt einen Ausfuhrerlös von 700 bis 1 000 Mill. Mark erwarten lassen, wenn sie in Exportware umgesetzt würden.

Bei der Gewährung einer Nahrungsmittelration in Höhe von 1 500 Kalorien wird der mögliche Export im Jahre 1947 auf 1 060 Mill. Mark geschätzt. Der Einfuhrbedarf an Rohstoffen würde sich auf 1 030 Mill. Mark belaufen, während für die Nahrungsmittelimporte 1 370 Mill. Mark angesetzt werden müßten. Es würde sich also ein Defizit von 1 340 Mill. Mark ergeben. Legte man hingegen eine tägliche Kalorienzahl von 2 000 zugrunde, so wäre ein Ausfuhrertrag von 1 900 Mill. Mark zu erzielen, dem ein erhöhter industrieller Einfuhrbedarf von 1 300 Mill. Mark und ein Importbedarf an Nahrungsmitteln von 1 828 Mill. Mark gegenüberstünden. Das Defizit würde in diesem Falle nur 1 228 Mill. Mark betragen.

Der Gesundungsplan

Der Ausfuhrplan Dr. Muellers baut auf dem sog. „Gesundungsplan" auf, der folgende Sofortmaßnahmen fordert: Verbesserung der Ernährungslage und der Hausbrandversorgung, höchste Steigerung der Kohlenförderung und Freigabe von Kohlen für die deutsche Wirtschaft aus der erzielten Mehrleistung, Einstellung der Demontagen mit Ausnahme der reinen Rüstungsanlagen, Auslandskredite und Aufstellung eines Wirtschafts- und Ausfuhrplanes.

Die Neuordnung des Geldwesens wird mit der Notwendigkeit begründet, die Wirtschaft wieder auf gesunde Rechnungsverhältnisse umzustellen. Die Arbeit gegen Geld müsse wieder ihren Sinn erhalten und die Bildung von Sparkapitalien müsse angeregt werden. Die in Deutschland in Umlauf befindliche Bargeldmenge betrage etwa das Zehnfache dessen, was für eine gesunde gesamtdeutsche Wirtschaft erforderlich sei. Ein ähnliches Mißverhältnis bestehe im Bereich des Buchgeldes. Der hierdurch entstandene Kaufkraftüberhang verschleiere die tatsächlich vorhandene Verarmung. Die Ansprüche der durch eine evtl. Geldreform nachteilig betroffenen Personen sollten bei der Reichsschuldenregelung angemessen berücksichtigt werden. Ebenso sei eine gleichmäßige Behandlung der Geld- und der Sachvermögen anzustreben.

Nach Auffassung des Zweizonen-Verwaltungsrates für Wirtschaft haben sich die bestehenden Steuergesetze als wirtschaftshemmend erwiesen.

Vorschläge zur Senkung der Steuern

Frankfurt, 18. Dez. (dana) Vorschläge, die aus einer Verminderung der in den Kontrollratsgesetzen Nr. 12 und 13, 14, 15 und 17 angeordneten Steuerlasten hinzielen, hat der gemeinsame deutsche Finanzrat ausgearbeitet und an den Alliierten Kontrollrat weitergeleitet.

Der Finanzrat ist zu der Ansicht gelangt, daß Enteignungen und Beschlagnahmen, die in den anderen Besatzungszonen angeordnet wurden, für die britische und amerikanische Zone keine Wirksamkeit haben sollen.

Im Rahmen seiner Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Steuerwesens in beiden Zonen wurde der Militärregierung eine Neufassung der Lohnsteuerdurchführungsbestimmungen von 1939 vorgeschlagen, die bis zum 1. April nächsten Jahres verwirklicht werden soll.

Gebt die Kriegsgefangenen frei!

Ein Appell der SPD

Stuttgart, 18. Dez. (dana) „Wir appellieren an die Welt, seid großmütig und gebt uns die Kriegsgefangenen frei!" heißt es in einer Resolution der sozialdemokratischen Partei Württemberg-Badens, die am 15. d. Mts. in einer Versammlung von der Schriftstellerin Anna Haag verlesen wurde. „Wir senden Grüße an alle Kriegsgefangenen" heißt es in der Resolution. „Wir sind durchdrungen von dem Willen, Wiederaufbau in den zerstörten Ländern und Gebieten zu leisten, die durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Not und Elend gestürzt worden sind. Aber wir glauben, daß freie Menschen mehr zu leisten vermögen als gefangene, und wir appellieren daher an die Siegermächte, alle Gefangenen, die keine Kriegsverbrecher oder Aktivisten sind, freizugeben."

Deutsche Kriegsgefangene in Frankreich

Paris, 18. Dez. (dana-Reuter) „Unsere Kriegsgefangenen werden ständig von Beamten des internationalen Roten Kreuzes überwacht", erklärte ein französischer Regierungssprecher einem Reuterkorrespondenten gegenüber. Selbstverständlich wurde uns über einzelne Beschwerdefälle Bericht erstattet. Wir haben darauf vor 14 Tagen geantwortet und versichert, daß sofort Maßnahmen zur Behebung dieser vereinzelten Fälle getroffen wurden." Viele britische und amerikanische Journalisten, die Frankreich in der letzten Zeit besuchten, konnten sich davon überzeugen, daß die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich gut ernährt werden, sich in den Dörfern und den Bauernhöfen, in denen sie arbeiten, frei bewegen können und häufig freundschaftliche Beziehungen mit der ortsansässigen Bevölkerung unterhalten.

Das französische Außenministerium veröffentlichte am 15. d. Mts. eine Erklärung, in der es heißt, besondere Maßnahmen würden eine zusätzliche Bekleidung der Kriegsgefangenen garantieren. Es sei beabsichtigt, jedem Kriegsgefangenen mit Beginn des Jahres 1947 ein neues Paar Hosen zu liefern. Der Verpflegungssatz der deutschen Kriegsgefangenen von 2000 Kalorien pro Tag werde aufrechterhalten.

5 Millionen Bevölkerungsrückgang

Das Ergebnis der Volkszählung

Berlin, 18. Dez. (ap) Aus am 13. Dezember veröffentlichten nichtamtlichen Zahlenangaben der Abteilung für Zivilverwaltung bei der amerik. Militärregierung ist ersichtlich, daß Deutschland eine Bevölkerung von 64 786 106 Personen hat. Das sind etwa 5 Mill. weniger als zur Zeit des Beginns des 2. Weltkrieges.

Aus den bisher vorliegenden Zahlen, die insoweit deutlich die Kriegsfolgen erkennen lassen, ist ersichtlich, daß Deutschland 36 247 183 Frauen gegenüber nur 28 538 923 Männern zählt, während es im Jahre 1925 nur zwei Mill. mehr Frauen als Männer gegeben hat.

In der stark industrialisierten britischen Zone wurde eine Bevölkerung von 22 386 643 Mill. ermittelt. Sodann kommt die Sowjet-Zone mit 17 119 645, die amerik. Zone mit 16 231 648 und schließlich die französische Zone mit 5 877 338.

Politische Befreiung deutscher Jugend

Berlin, 18. Dez. (dana) Zur politischen Befreiung der deutschen Jugend hat die Fraktion der CDU dem Berliner Stadtparlament am 12. d. Mts. einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach alle deutschen Staatsangehörigen, die am 1. Januar 1933 noch nicht das 14. Lebensjahr vollendet hatten, von allen Gesetzen und Anordnungen, die mit der früheren Zugehörigkeit zur NSDAP, ihren Gliederungen und sonstigen belastenden Organisationen Rechtsnachteile verbinden, nicht betroffen werden sollen. Die deutsche Jugend müsse, aus ihrer geistigen, seelischen und politischen Gleichgültigkeit herausgeführt werden.

Abänderung des Heiratsverbotes

Frankfurt 1[illegible]. Dez. (dana) Eine geplante Abänderung des gegenwärtigen Heiratsverbotes zwischen Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte und Deutschen gab der amerikanische Oberbefehlshaber General Joseph T. Mc Narney am 11. Dez. bekannt. Der Aenderungsplan, dessen Einzelheiten z. Z. vom amerikanischen Hauptquartier bearbeitet werden, wird eine Heirat schon vor der Abreise aus Europa möglich machen.

Das freie Wort

Einer Zuschrift von Frau B. Noe, Karlsruhe, Degenfeldstraße 3, entnehmen wir: „Im Zuge der Unterbringung von Flüchtlingen wurden von der Dreizimmerwohnung meiner Mutter, die sie mit meinem Bruder und dessen Frau bewohnt, ein Zimmer und eine Mansarde beschlagnahmt. Einen Tag später wurden die Flüchtlinge, vier Erwachsene Personen, bereits eingewiesen. Selbstverständlich müssen die Flüchtlinge untergebracht werden, aber — weshalb zunächst bei den Nicht-Pgs.? Weil diese den Druck seit 1933 gewöhnt sind? Von den Drei- und Vierzimmerwohnungen in nächster Nähe sind — acht Wochen später — weder Zimmer noch Mansarden beschlagnahmt. Von diesen Wohnungen könnten zum Teil zwei Zimmer zur Verfügung gestellt werden."

Der Bund Deutscher Architekten (BDA), Landesgruppe Baden, Karlsruhe, schreibt u. a.: „Die Zahl ist das statistische Ausdrucksmittel. Mit der Statistik läßt sich vieles beweisen, aber wesentlich ist, daß die Zahl hinreichend klar und offen, in ihrer allgemeinen Richtigkeit zu überzeugen vermag und eine brauchbare Planungsunterlage bildet. Andernfalls verbreitet sie Mißtrauen und bereitet Aerger und Verdruß. Solche und ähnliche Gefühle löste bei den Karlsruher Architekten der Artikel „Ein Fünftel der Trümmer beseitigt", der in den BNN über die Aufräumungsarbeiten der AAK erschien, aus. Unbestritten ist bei der Entrümmerung ein großer Schritt vorwärts gemacht worden und große Materialmengen sind angefallen. Schwarz auf weiß sind die Zahlen zu lesen, aber nichts ist mit ihnen anzufangen. Es interessiert vor allem, wo die besagten Baustoffe hingekommen sind, oder wo sie sich befinden und wie man sie zu verteilen gedenkt. Das für die Baustoffverteilung zuständige Wiederaufbauamt der Stadt konnte auf eine Anfrage keine Antwort geben, und so müssen die Bauschaffenden ihren Auftraggebern die Antwort schuldig bleiben. Vielleicht entschließt sich die AAK dazu, ihre Ausführungen und gegebenenfalls auch ihre Zahlenangaben zu ergänzen. Eine Erwiderung scheint uns besonders dringend, weil die Baustoffverwaltung heute nicht in der Lage ist, auch nur 1000 Stück Backsteine zur Verfügung zu stellen, trotzdem in dem Artikel zu lesen ist: „6,5 Millionen Backsteine warten auf ihre Wiederverwendung".

Staatssekretariat Südbadens

Freiburg, 18. Dez. (dana) Die badische Regierung ist jetzt durch ein aus Staatssekretären und Staatskommissaren bestehendes Staatssekretariat ersetzt worden, gab die französische Militärregierung am 4. d. Mts. bekannt. Die Staatssekretäre üben vollziehende und gesetzgeberische Gewalt aus. Vor Veröffentlichung von Verordnungen kann die Stellungnahme der beratenden Versammlung verlangt werden. Diese kann jedoch die Mitglieder des Staatssekretariats nicht durch Abstimmung zum Rücktritt veranlassen, da diese durch die französische Militärregierung in Zusammenarbeit mit den vier zugelassenen politischen Parteien eingesetzt wurden.

Das Staatssekretariat hat nicht den Charakter einer parlamentarischen Regierung. Sein Präsident verfügt bei Beratungen des vereinigten Kabinettsrates über zwei Stimmen.

Bremer Senat neu gewählt

In einer Sonder-Sitzung verabschiedete die „Bremische Bürgerschaft" am 28. November zunächst in einer Lesung genehmigend das Senatsgesetz vom 19. November 1946, das bestimmt: „Der Senat besteht bis auf weiteres aus 12 Mitgliedern. Zwei Mitglieder des Senats brauchen nicht aus der Mitte der Bürgerschaft gewählt zu werden." Mit der Bestimmung des letzten Satzes haben sich die drei KPD-Mitglieder der Bürgerschaft nicht einverstanden erklärt und deshalb dem Gesetz ihre Zustimmung nicht gegeben. Von der CDU ist im Laufe der Fraktionsverhandlungen der letzten Wochen eine Beteiligung an der Regierungsbildung schließlich abgelehnt worden, weil ihr neben der BDV mit 2 Senatssitzen nur ein Senatssitz wie der KPD zugeteilt werden sollte, obwohl ihr bei der Wahl der Bürgerschaftsmitglieder am 13. Oktober die zweitstärkste Stimmenzahl zugefallen ist. In den Senat wurden mit den Stimmen der übrigen Parteien gewählt: 7 Mitglieder der SPD, 3 der BDV, 1 Mitglied der KPD und 1 Unabhängiger. vg.

SPD Bayern lehnt ab

München, 18. Dez. (dana) Die Landeskonferenz der SPD lehnt eine bedingungslose Teilnahme an der Koalition ab. Die Landeskonferenz überläßt der Fraktion in gegebener Situation die Entscheidung darüber, ob eine Teilnahme an einer Regierung unter festen Bedingungen möglich ist, heißt es in einer am 15. d. Mts. mit 158 gegen 135 Stimmen angenommenen Resolution der Delegierten der sozialdemokr. Landeskonferenz für Bayern.

Um die Wiedergutmachung

München, 18. Dez. (dana) Die dreitägige Interzonenkonferenz für die Wiedergutmachung in Tegernsee hat, wie Staatskommissar Dr. Philipp Auerbach am 13. d. Mts. erklärte, den eindeutigen Beweis der engen Zusammenarbeit aller rassisch, religiös und politisch Verfolgten erbracht. Die Gleichberechtigung der rassisch und politisch Verfolgten auf dem Gebiete der Wiedergutmachung sei auch für diejenigen anerkannt worden, die früher nicht in Deutschland gelebt haben. Es ist zu hoffen, daß zwischen den Länderregierungen der drei Zonen tatsächlich eine erfreuliche Zusammenarbeit zustande kommt.

Interessantes in Kürze

Auszeichnung Dawsons und Sewalls. Der französische Gouverneur von Württemberg, General Widmer, überreichte am 14. Dezember Oberst W. Dawson, dem amerikanischen Vertreter beim Länderrat, das „Kreuz der Ehrenlegion". Der Leiter der amerikanischen Militärregierung Württemberg-Baden Sumner Sewall, wurde von General Mozat mit dem „Kriegskreuz mit Palmen" ausgezeichnet, wie dana meldet.

McArthur wird ausgezeichnet. General Douglas McArthur, der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte im Fernen Osten, empfing am 14. Dezember aus der Hand des französischen Botschafters in Japan, General Zinovi Pechkoff, das Großkreuz der Ehrenlegion, die höchste französische Auszeichnung, wie dana-Reuter meldet.

Das 100 000. „Care"-Paket. Das 100 000. „Care"-Paket ist in diesen Tagen in der amerikanischen Zone ausgeliefert worden, meldet dana aus Stuttgart. Es besteht begründete Hoffnung, in nächster Zeit weitere Pakete für Zwecke der allgemeinen Nothilfe zu erhalten, die aus den in Amerika einlaufenden Ueberschüssen der „Care"-Aktion stammen.

Weihnachtshilfe aus England. Hunderte von Paketen, für deutsche Flüchtlinge, treffen gegenwärtig in Kiel aus Großbritannien ein, wie dana meldet. Sie enthalten Kleidungsstücke und Schuhwerk aller Art und stammen von Einzelpersonen, Familien und Schulen in England. In Briefen, die diesen Paketen beigefügt sind, wird weiterhin Hilfe versprochen.

Schweizer Liebesgaben. Acht freiwillige Schweizer Wohltätigkeitsagenturen werden nach Mitteilung des amerikanischen Hauptquartiers 190 000 Liebesgabenpakete im Laufe dieses Monats an Adressaten in der US-Besatzungszone Deutschlands verschicken, wie dana meldet. Die Pakete enthalten Verpflegung und Kleidungsstücke.

Mehl aus der Sowjetzone. Die Einfuhr von Getreide und Mehl über Hamburg wurde in der letzten Woche, wie die dana meldete, in der insgesamt 19 832 Tonnen Lebensmittel im Hamburger Hafen eintrafen, durch die Ankunft von 13 Getreideschiffen aus Uebersee und aus der Sowjetzone fortgesetzt. Diese Schiffe löschten 7 725 t Getreide und 1 937 t Mehl.

Neue Uebergangsstelle von US- nach Sowjetzone. Der Zonenübertritt von der US zur sowjetischen Zone für Motorfahrzeuge bei Gerstungen-Hönebach wurde, wie dana aus Wiesbaden funkt, nach Wartha verlegt.

Tagung deutscher Methodisten. Vom 7.—10. Nov. tagte in Frankfurt die Zentralkonferenz der Deutschen Methodistenkirche. Abgeordnete aller vier Besatzungszonen berieten wichtige kirchliche Fragen unter dem Vorsitz von Bischof Dr. Wade, Detroit (Vereinigte Staaten) in Anwesenheit der Bischöfe Dr. Garber, Genf, und Dr. Arvidson, Stockholm. Zum Bischof der Deutschen Methodistenkirche wurde Dr. J. W. Ernst Sommer einstimmig gewählt. Dr. P. Warfield (USA) berichtete über das methodistische Hilfswerk (Methodist Comittee of Overseas-Relief), das ein Sechstel aller Gaben zur Linderung der Not in Uebersee und damit auch in Deutschland aufbringt. Aehnliche Hilfen wurden durch Pastor Henriksen, Stockholm, und Direktor Sigg, Zürich, zugesagt. Die konstruktive Konferenz brachte den Willen zum Ausdruck, am Wiederaufbau des deutschen Volkes mit allen Kräften mitzuwirken.

Keine Gnade sondern Tod. Die Gnadengesuche von Dr. Hilde Wernicke und Schwester Helene Wieczorek, die am 25. März 1946 vom Landgericht in Berlin wegen Euthanasie an Patienten der Anstalt Meseritz-Obrawalde zum Tode durch Erhängen verurteilt worden waren, wurden, wie dana aus Berlin meldet, durch den von der alliierten Kommandantur ernannten Begnadigungsausschuß abgelehnt.

Tiso leugnet weiter

Preßburg, 18. Dez. (dana) Der ehemalige Präsident der unabhängigen „Slowakei", Tiso, leugnete erneut, das demokratische System in der „Slowakei" abgeschafft und dafür eine faschistische Regierung eingesetzt zu haben. Tiso gab zu, den Nazismus und Faschismus in seinen Reden gepriesen zu haben, behauptete jedoch, dies sei nur geschehen, um die Deutschen zu beruhigen.

Die Kirche in der Sowjetzone

Unser St.-Korrespondent schreibt aus Berlin:

Auf einer Sitzung des Bischöflichen Ordinariats Berlin wurde beschlossen, alljährlich den 5. November als Gedenktag für die vom Dritten Reich ermordeten Priester zu begehen. Der 5. November ist der Hinrichtungstag des Dompropstes von St. Hedwig, Berlin, durch den SD, den das Bistum Berlin zum „Blutzeugen" erklärte.

Demgegenüber verlas die Berliner KPD in einer Wahlversammlung im Sportpalast, die auch über Radio-Berlin gesendet wurde, unter dem Motto: „Vor 13 Jahren!" den dokumentarischen Leitartikel der damaligen nationalsozialistischen „Berliner Montagspost": „. . . das 5. katholische Jugendtreffen des Bistums Berlin stand unter der Losung des Chefs des Katholischen Jugendamts Dr. Pukowski: „Eine Sehnsucht, ein Wille, ein Reich!" Dann ergriff Generalvikar Dr. Steinmann das Wort: „Wir freuen uns so", sagte er, „daß die letzten Schranken fielen, die der deutschen Einheit hinderlich waren. Wir haben ein Reich und einen Führer und diesem Führer folgen wir treu und gewissenhaft!"

Die katholische Kirche Berlins antwortete mit einer „Liste zur Entnazifizierung des Klerus", nach der in Berlin von 478 Geistlichen nur 5 der NSDAP angehörten, in Halle von 225 nur 2, in Chemnitz von 185 1, in Dresden von 164 0, in Erfurt von 66 0, in Dessau von 182 1, in Magdeburg von 162 0, in Jena von 220 4 und in Zwickau von 309 Geistlichen 2, insgesamt also von 1991 Geistlichen aus 9 Diözesen nur 15. Wenig später wurde von der Berliner Militärregierung die Herausgabe der katholischen Kirchenzeitung „Die Botschaft" für das Stadtgebiet Berlin genehmigt.

Während alle katholischen und kirchlichen Jugendorganisationen in der russischen Zone Deutschlands wegfallen, da hier nur die „FDJ" (Freie Deutsche Jugend) als einzige Jugendorganisation genehmigt bleibt, erstand der „Katholische Studentenverband" neu und hat mit Genehmigung der Besatzung auch an anderen Hochschulorten der russischen Zone seine Arbeit wieder begonnen, nachdem er 1938 durch die Gestapo aufgelöst und verboten wurde. Der Verband kann im nächsten Jahr auf sein 100jähriges Wirken im Dienst katholischer Hochschuljugend zurückblicken. Seine Satzungen legen auch zukünftig ausdrücklich Wert auf die „Betonung des religiösen Bekenntnisses" und stellt dazu die „Eucharistie" in den Mittelpunkt des Vereinslebens. Die Gründungsversammlung faßte folgende Entschließung: „Wir sind uns der schwersten Verantwortung bewußt, denn auf die allgemeinen Zerstörungen folgen die moralischen. Die Kirche fordert die Jungakademiker auf, sich gegen den schleichenden Pessimismus zu wenden, das Leben zu Christus zu erheben, armen Studenten karitativ zu helfen, mutig zu apostolieren unter allen Mitstudierenden!"

In Berlin wurde die „Akademie für Christliche Sozialwissenschaft" begründet mit den Worten eines Sprechers des Ordinariats: „Von christlicher Philosophie unbeeinflußte Wissenschaft führt zum Weltuntergang. Die die Wissenschaft zu entchristlichen versuchen, werden sie nationalisieren und damit zerstören!" Die Akademie soll die Grundsätze der Christlichen Sozialiehre verbreiten.

Eine „Soziale Woche" der Berliner Katholiken fand vom 10. bis 16. November statt, die sich „die Aufgabe gesetzt hatte, einen Gemeinschaftsgeist auf gesunder Basis zu studieren und begrifflich festzulegen"! Es wurde vor „übertriebenen Verstaatlichungen als Dienst am Kapital und nicht an der Wirtschaftspersönlichkeit" gewarnt, diese „Nationalisierung der Industrien" fördere die „Entpersönlichung" nur noch mehr. Darüber hinaus wurden alle aktuellen Probleme des sozialen Lebens behandelt. Die Kongreßwoche war von 2500 Teilnehmern aus der ganzen russischen Zone Deutschlands der ganzen russischen Zone Deutschlands besucht.

Die Uebersiedlung von [illegible] deutscher Katholiken aus dem ehemals deutschen Osten und Sudetengebiet hat zu einer Strukturwandlung des Katholizismus in der russischen Zone geführt, wie Sachverständige jetzt erklärten. In der Provinz Sachsen lebten früher 130 000 Katholiken, jetzt sind es 500 000. Im ganzen Land Sachsen gab es früher 250 000 Katholiken, heute sind es über 600 000. Im Bistum Brandenburg gab es früher 300 000 Katholiken, heute eine runde Million. Aehnlich liegen die Dinge in den Küstengebieten der russischen Zone: wo einst keine oder nur wenige Katholiken wohnten, sind heute neue Seelsorgerstellen dringend notwendig geworden, einst kaum beachtete Hilfsgemeinden sind heute riesige Pfarreien. Altenberg/Thüringen zählte so z. B. einst in Stadt- und Außenbezirken 2200 Katholiken, heute 40 000. Aehnlich ist es in Gera, wo heute 30 000 Katholiken leben. Weimar zählte einst 3500, heute 25 300 Katholiken. In der Provinz Sachsen sind z. Zt. 400 Flüchtlingspriester eingesetzt, daneben warten 35 Stellen auf Geistliche und Kirchen. In Thüringen sind 44 neue Pfarreien eingerichtet, für 25 dringlich zu besetzenden Stellen fehlen Priester. Insgesamt traf im heutigen russischen Zonengebiet 1938 ein Priester auf 5050 Gläubige, heute auf 15 210!

Viel beachtet wird eine Forderung kirchlich-katholischer Kreise Berlins nach Verpflanzung der Methode der britischen „Katholischen Gilde" gerade in die deutsche russische Zone. Die „Katholische Gilde" in England verlangt von den ihnen angehörenden Priestern engsten Kontakt mit dem Volk, zu diesem Zweck jährlich eine gewisse Arbeitszeit als Fabrik-, Bau- oder sonstiger Arbeiter, bei der der betr. Geistliche in jeder Hinsicht seinen Mann „ganz" zu stellen hat, so, als ob es sein dauernder Broterwerb wäre.

Vom Kriege

Wenn meine Soldaten anfingen zu denken, so liefen sie alle davon. Friedrich der Große.

Ohne die große und tiefe Grundlage des Weltbürgertums ist der Patriotismus ein wüstes und unfruchtbares Ding. Gottfried Keller.

Der Krieg ist eine Ironie auf das Neue Testament. Kaiser Friedrich III.

Der Deutsche gleicht dem Sklaven, der seinem Herrn gehorcht, ohne Fessel, ohne Peitsche, durch das bloße Wort, ja durch einen Blick. Die Knechtschaft ist in ihm selbst, in seiner Seele; schlimmer als die materielle Sklaverei ist die spiritualisierte. Man muß die Deutschen von innen befreien, von außen hilft nichts. Heinrich Heine.

Wer dient seinem Vaterlande besser: derjenige, der den Mut hat, die Wahrheit zu sagen oder derjenige, der die auffälligsten Gebrechen mit patriotischen Lügen verdeckt? Anselm Feuerbach.

Im Reich der Gedanken ist der Patriotismus ein schmutziger Geselle. Schopenhauer.

Alle edlen Menschen sollten diese Gesinnung mit warmem Menschengefühl ausbreiten, Väter und Mütter ihre Erfahrungen darüber den Kindern einflößen, damit das fürchterliche Wort „Krieg", das man so leicht ausspricht, den Menschen nicht nur verhaßt werde, sondern daß man es mit gleichem Schauder als Veitstanz, Pest, Hungersnot, Erdbeben, den Schwarzen Tod zu nennen oder zu schreiben kaum wage. Herder.

Im längsten Frieden spricht der Mensch nicht so viel Unsinn und Unwahrheit, als im kürzesten Kriege. Jean Paul.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Karlsruher SPIEGEL

Der pflichtbewußte Bahnpolizist

Kürzlich mußte ich in Bruchsal umsteigen. Aus zahlreichen Zügen entstiegen Reisende, die das gleiche versuchten. Durch Bauarbeiten blieben nur zwei schmale Gehwege zum Uebergang. Da sich der Mensch in schwierigen Situationen am unvernünftigsten gebärdet, entstand ein wildes Gedränge. Es war ein Kampf Bahnsteig gegen Bahnsteig. Nur die Rücksichtslosesten errangen unter Verlust sämtlicher Mantelknöpfe Teilerfolge.

Ich sah auf der andern Seite meinen Zug stehen, und der Zeiger drohte mit der Abfahrt. Nach kurzer Ueberlegung ging ich ans Ende des Bahnsteigs zurück und — das hätte ich nicht tun sollen — überquerte mit einem kühnen Sprung das Geleis. Hinter mir rief jemand „Hallo". Ich reagierte nicht; denn damit konnten außer mir tausend Menschen gemeint sein. Kaum hatte ich den rettenden Bahnsteig und den Zug erreicht, stand schon ein wackerer Bahnpolizist neben mir, sagte das, was er immer zu sagen pflegt, wenn verbotener Weise die Geleise überschritten werden, und verlangte den Ausweis. Dann schritt er mit pflichtbewußtgeschwellter Brust davon.

Indessen hielt der heftige Kampf um den Bahnübergang in unverminderter Härte an. Wer Sieger wurde, kann ich nicht berichten, weil sich inzwischen der Zug in Bewegung gesetzt hatte. P. S.

Zur Häuserbeschlagnahmung in Durlach

Wie wir von der Stadtverwaltung erfahren, hat diese im Zusammenhange mit der Beschlagnahmung von Häusern in Durlach durch die Militärregierung sich mit allen Kräften für die Bevölkerung eingesetzt. Sie hat nicht nur mit der hiesigen Militärregierung verhandelt, sondern der Oberbürgermeister hat persönlich auch bei der Militärregierung in Stuttgart den Versuch unternommen, wenn möglich eine Rückgängigmachung der erwähnten Maßnahme zu erreichen. Es geschah also, was nur irgend geschehen konnte. Wenn auch angesichts der Erfordernisse der Besatzungsmacht diesen Bemühungen ein voller Erfolg versagt blieb, so ist doch seitens der amerikanischen Militärregierung den erhobenen Vorstellungen wohlwollend begegnet und die Zusage gegeben worden, die Beschlagnahme in möglichst schonender Form durchzuführen und den Einwohnern der beschlagnahmten Häuser die Möglichkeit zu geben, mehr Möbel beim Auszug aus den Wohnungen mitzunehmen als dies bei anderen Gelegenheiten geschehen konnte.

★

Zuteilung von Radioapparaten. Der durch das Los bestimmte Bezugsberechtigte, der Oeffentliche Kläger im Internierten-Lager Grenadierkaserne, hat auf die Zuteilung verzichtet. Auf Vorschlag des Bürgermeisters Riedinger wird das Flüchtlingslager Artilleriekaserne damit bedacht.

Sonderabschnitte aufbewahren. Das Ernährungsamt teilt mit, daß alle nicht eingelösten Sonderabschnitte der 96. Zuteilungsperiode sorgfältig aufzubewahren sind, da mit weiteren Aufrufen zu rechnen ist.

Ehrendienst am Samstagnachmittag. Der Treffpunkt zur Ableistung des Ehrendienstes am Samstag, 21. 12. 1946, ist auf 13 Uhr, Eingang Kaiserpassage (Ecke Wald- und Kaiserstraße), festgesetzt.

Registrierung von Kraftfahrzeugen. Das Straßenverkehrsamt erinnert nochmals an die Meldepflicht sämtlicher Kraftfahrzeuge und Anhänger, die polizeilich nicht zugelassen sind. Vordrucke sind beim Straßenverkehrsamt erhältlich. Letzter Termin 31. Dezember 1946.

Die Richtfeier der Kleinen Kirche, die für Freitag, 20. Dezember vorgesehen war, wird eingetretener Hindernisse halber auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Spruchkammer 1. In der Sitzung am Samstag werden die als Hauptschuldige angeklagten Dr. Carl Speierer, z. Zt. Internierungslager Karlsruhe, NSDAP 1937—45, SS 1934—39, San.-Obersturmführer, Prof. Dr. Otto Diebold, Kaiserallee 36, NSDAP 1937—45, allg. SS. 1937 bis 45; Obersturmführer und die Hausfrau Elly Werle, Gebhardstr. 37, NSDAP 1927—45, Inh. des gold. Partei- und silbernen Gauehrenabzeichens verhandelt.

Fleisch- und Wurstzuteilung. Das Landesernährungsamt teilt mit, daß die Erfüllung der Rationen in Fleisch und Wurst in Nordbaden von den Vieh-, Fleisch- und Wurstlieferungen aus Bayern abhängig ist. Die rechtzeitige Ausgabe der Fleischrationen bedingt einen teilweisen Ausgleich durch vermehrte Wurstzufuhren. Die Metzgerei-Betriebe können Braten- und Kochfleisch nur im Rahmen der Vorratslage abgeben. Sie sind verpflichtet, für einen gleichmäßigen Absatz der Wurstwaren zu sorgen.

Weihnachtskonzert des Kammerchors. Der Karlsruher Kammerchor bringt am Sonntag, 22. Dezember, in der Matthäuskirche (Vorholzstraße 47) die alten, schönen Weihnachtsmelodien im Gewande moderner Sätze zum Vortrag. Es ist ein Versuch, die Lebendigkeit moderner Musik darzustellen. Innere Schönheit und Qualität des Technischen werden auch bei moderner Musik eine unmittelbare und überzeugende Wirkung zu erzielen vermögen. P.W.

Sprechstunden des Landeswirtschaftsamts. Die letzten Sprechstunden des Landeswirtschaftsamtes finden in diesem Jahre am Samstag, 21. Dez. 1946, statt. Ab Donnerstag, 2. Jan., 1947, nimmt das Amt seine Sprechstunden wieder in vollem Umfange auf, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Samstags von 9—12 Uhr.

Weihnachtsfeiern für bedürftige Kinder. Durch Spenden ist die Karlsruher Notgemeinschaft in der Lage, folgende Weihnachtsfeiern für die bedürftigsten Kinder unserer Stadt durchzuführen: Am 20. 12. 1946, nachm. 3 Uhr im Blickerbau. 22. 12. 1946, vorm. 10 Uhr, in Durlach, Festhalle. 24. 12. 1946, nachm. 13.30 Uhr, im Konzerthaus. Zu dieser Veranstaltung, ein „Bunter Nachmittag" ladet eine amerik. Einheit ein. Die Karten zu den jeweiligen Veranstaltungen werden von der städt. Wohlfahrtsverwaltung und den caritativen Verbänden den Bedachten zugesandt. Weitere Anmeldungen nimmt die Karlsruher Notgemeinschaft im Neuen Rathaus gerne entgegen.

Seinen 80. Geburtstag begeht am 25. Dezember in geistiger und körperlicher Frische Johann Baptist Kremer, Akademiestraße 24.

Vor den Ruinen des Verkehrsmuseums

Die ersten Schnellzugslokomotiven sollen als Anschauungsmaterial erhalten bleiben

In diesen Tagen hat die Karlsruher Schutt-Räum-Aktion besonders in der östlichen Kaiserstraße Fortschritte gemacht. Erst jetzt, da die Fassaden gefallen sind, erkennen wir, wie wenig von der alten Kaiserstraße übrig bleiben wird. Zunächst vom Abbruch noch nicht gefährdet, ragen zwischen Hochschule und Durlacher Tor die Außenwände des ehemaligen Karlsruher Verkehrsmuseums. Von Jeremias Müller im Jahre 1779 in den klaren Formen des einfachen Spätklassizismus des 18. Jahrhunderts als Forstzeughaus der badischen Residenz errichtet, gehörte das Gebäude zusammen mit der Kleinen Kirche des gleichen Baumeisters zu den ganz wenigen wertvollen vor-weinbrennerischen Baudenkmälern der jungen Stadt.

Die mustergültige Sammlung, die dem Technik-Studenten ebenso wie dem allgemein technisch Interessierten eine Fülle historischen Anschauungsmaterials und wissenschaftlicher Studienobjekte geboten hat, ist am 8. September 1944 bei einem großen Luftangriff in Flammen aufgegangen. Die Mauern des großen Kastenbaus — noch aus der ersten Stein-Bau-Epoche der Stadt — haben zwar der Zerstörung standgehalten, aber das alte morsche Gebälk, Dachstuhl und Bohlenwerk des Zwischengeschosses, brannten, allen Löschversuchen zum Trotz, wie Zunder hinweg. Von den vielen bewunderten Modellen und Sammlungsstücken ist fast nichts Brauchbares übrig geblieben. Die meisten haben vermutlich stille Liebhaber gefunden. Nur zwei recht große Objekte, einst für höchste Geschwindigkeiten konstruiert, stehen unbeweglich, teilweise verschüttet, am alten Platze, an einigen Stellen schon mit Gras überwachsen, verbeult und von Rost überzogen. Es sind zwei Original-Schnellzuglokomotiven der ehemaligen badischen Staatseisenbahnen, welche als Marksteine in der Entwicklung des Lokomotivbaus im Maschinenbau-Museum Aufnahme gefunden hatten. Die badischen Lokomotiven gehörten im 19. Jahrhundert zu den modernsten und vorbildlichsten des Kontinents. Die Konstruktionen der Karlsruher Maschinenbau-Gesellschaft waren über die Landesgrenzen berühmt. England, das klassische Land des Lokomotivbaus, machte in den Karlsruher Konstruktionen seine Einflüsse spürbar, schon um 1850 wurde aus den USA eine berühmte Baldwin-Lokomotive eingeführt, und als die Franzosen zu Ende des Jahrhunderts die ersten Verbund-Versuche durchführten, war es auch die Karlsruher Maschinenbau-Gesellschaft, welche die wertvollen Anregungen aus dem Westen übernahm.

Davon legen, noch in ihrem trostlosen gegenwärtigen Zustand, die beide Lokomotiven in der Museumsruine ein eindrucksvolles Zeugnis ab Mit der Fabriknummer 201 stellt die ältere, im Jahre 1863 entwickelte Maschine eine der ersten Schnellzugslokomotiven der Welt dar. In England hatte der Ingenieur Crampton die erste ausgesprochene Schnellzugslokomotive konstruiert. Als die dem Schnellzugsdienst prädestinierten badischen Flachlandstrecken ihre ersten „Courierzüge" fuhren, baute die „Maschinenbau" die bewährte Cramptonlokomoive Nr. 201. Redtenbacher, der große Maschinenbauer und Maschinentheoretiker, hat an diesem Lokomotivtyp seine ersten grundlegenden Versuche über das Verhalten von Maschinenfahrzeugen bei hohen Geschwindigkeiten (über 100 km/h) durchgeführt. Tempo und Zuverlässigkeit der badischen Züge wurden durch die „Cramptons" sprichwörtlich. Mit ihrer einen Triebachse war sie allerdings eine Flachlandlokomotive. Gegen Ende des Jahrhunderts wollte man auch die schwierigen Gebirgsstrecken des Schwarzwaldes mit schnelleren Kursen belegen. Man brauchte stärkere mehrgekuppelte Maschinen. Frankreich hatte soeben den Vierzylinder-Verbundtyp entwickelt, und die Karlsruher Ingenieure konstruierten nach ihm die erste dreifach gekuppelte europäische Gebirgsschnellzuglokomotive, die Gattung IVe des Jahres 1893, welche für die Fahrpläne der Schwarzwaldbahn einen enormen Fortschritt ermöglichte.

Ueber vierzig Jahre hindurch hat diese Maschine ihren Dienst getan, als man 1934 das letzte Exemplar außer Betrieb setzte. In den Durlacher Eisenbahnwerkstätten wurde die Führerseite der Maschine nach wissenschaftlichen Plänen so aufgeschnitten, daß der gesamte Aufbau und die Arbeitsweise einer modernen Lokomotive demonstrierbar wurde.

Trotz der Zerstörung ist der Zustand beider Maschinen durchaus noch so, daß sie bei zeitiger Bergung erhalten bleiben könnten. Es wäre eine Tat nicht nur technikgeschichtlicher Pietät, sondern auch wissenschaftlichen Verdienstes, wenn eine jetzt allerdings bald notwendige Bergung dieser außerordentlich wertvollen Objekte unseren Studenten das unersetzliche Anschauungsmaterial erhalten würde. Auch die Stadt, die in ihrer besten industriellen Blütezeit diese „Erzeugnisse badischen Gewerbefleißes" hervorgebracht hat, sollte für deren Erhaltung Teilnahme zeigen. Vielleicht findet sie gemeinsam mit Hochschule und Studentenschaft Mittel und Wege, diese ehrwürdigen Zeugen der Technik der Zukunft zu retten. H. Wiedemann.

Neubürger als Helfer beim Wiederaufbau

Versammlung der im Baugewerbe beschäftigten Ostvertriebenen

Der ADGB, Industriegruppe „Bau", für Karlsruhe und Umgebung, hatte am Dienstagnachmittag (17. Dez.) eine Neubürgerversammlung für das gesamte Baugewerbe in den Zieglersaal einberufen. Die im Bauhandwerk arbeitenden Ostvertriebenen waren der Einladung so zahlreich gefolgt, daß der Saal überfüllt war. Stadtverwaltung, Wirtschaftsamt, Arbeitsamt, Wohnungsamt und Gewerbeaufsichtsamt hatten ihre Vertreter entsandt.

Als Vertreter des Flüchtlingskommissariats hielt Dr. Scholz ein Referat über das schwierigste Problem unserer Tage, den Einbau der Millionen von ausgewiesenen Ostdeutschen in das nach der deutschen Katastrophe von 1945 uns als Wohn- und Lebensraum verbliebene Restdeutschland. Es habe keinen Sinn, so führte Dr. Scholz u. a. aus, daß die Ostvertriebenen ihre Kräfte in der Rückschau nach einer unwiederbringlich verlorenen Vergangenheit verzehren. Sie täten besser daran, sich ganz auf den Boden der Tatsachen zu stellen und als gleichberechtigte Neubürger sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Nur so könnten sie mit der Zeit wieder Wurzeln fassen und ein neues Heimatgefühl erringen. Jede Spekulation auf etwaige Differenzen unter den Alliierten, wodurch den Ausgewiesenen vielleicht eine Möglichkeit zur Rückkehr in die alte Heimat gegeben werden könnte, sei zwecklos.

Bürgermeister Riedinger verstand es, mit seinen Ausführungen beruhigend auf die inzwischen sehr lebhaft gewordenen Versammlungsteilnehmer einzuwirken, indem er ihrer eigenen Not und Armut die der Tausenden gegenüberstellte, mit denen sie nun den kargen Wohnraum und das Brot der Armut teilen müßten. Der Redner konnte gewissen Beamten des Wohnungsamtes den Vorwurf nicht ersparen, daß sie es sich mit der Zuteilung von Wohnraum an die Flüchtlinge vielfach sehr leicht gemacht hätten, indem die Beamten diese da unterbrachten, wo sie den geringsten Widerstand verspürten, während die Beamten solchen gegenüber, die an sich genügend Raum und Inventar besaßen, aber mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln sich zur Wehr setzten, oft sehr nachgiebig waren. Hier müsse nun, nachdem die Flüchtlingsbewegung zum Stillstand gekommen ist, der notwendige Ausgleich in der Wohnraumzuteilung vorgenommen werden, auch unter Berücksichtigung der sozialen und beruflichen Schichtung der Neubürger.

Betriebsrat Bornhäuser führte als Sprecher der im Baugewerbe beschäftigten Neubürger lebhafte Klage über die mangelnde Berücksichtigung dieser Männer vom Bau in der Versorgung mit Kleidung und Schuhwerk. Die Tatsache, daß heute der größte Teil der im Karlsruher Baugewerbe und bei der Instandsetzung von kriegsbeschädigten Wohnungen in Karlsruhe Beschäftigten Ostvertriebene sind, die nicht einmal in Karlsruhe untergebracht seien, berechtige diese auch zum Anspruch auf die Wohnungen, die sie instandsetzen. Diese hart arbeitenden Menschen seien bis jetzt mit zahlreichen Personen in einem einzigen Raum auf dem Lande zusammengedrängt, während sie in Karlsruhe für andere, die selbst keinen Finger zum Wiederaufbau ihrer Stadt rühren, bequeme Wohnungen instandsetzen und bezugsfertig machen.

Arbeitsamtsdirektor Konz appellierte an die Gemeinschaft der Not, die heute alle, ob Alt- oder Neubürger, umschließe, und versicherte, daß alles getan werde, um auch den beruflichen Wünschen und Interessen der Neubürger mit der Zeit gerecht zu werden.

Oberinspektor Dewald vom Gewerbeaufsichtsamt übermittelte den Neubürgern im Baugewerbe die Grüße des Landesdirektors für Arbeit, Klausmann, und dessen Anerkennung für den vorbildlichen Einsatz der Neubürger beim Wiederaufbau ihrer neuen Heimat.

Ein weiterer Sprecher der Ostvertriebenen, der aus der Gewerkschaftsbewegung seiner sudetendeutschen Heimat kommt, wies darauf hin, daß die Interessen der Neubürger am besten durch die Berufsorganisation vertreten würden; denn diese könne ohne Rücksicht auf parteipolitische oder konfessionelle Gebundenheit allen Behörden und Stellen gegenüber auftreten und sich für die berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder mit Erfolg einsetzen.

Gewerkschaftssekretär Biebricher als Leiter der Versammlung gab abschließend bekannt, daß bei einer späteren gewerkschaftlichen Zusammenkunft der Neubürger weitere Fragen beruflicher und arbeitsrechtlicher Art behandelt werden.

Die Versammlung im Zieglersaal hat erneut gezeigt, daß von der Lösung des Problems der Ostvertriebenen im Sinne einer absolut realpolitischen Einstellung zu diesem schwierigsten Problem der deutschen Gegenwart die Wendung unseres Schicksals zum Besseren überhaupt abhängt. L. A.

Kleiderkarten für Jugendliche

Bei der nächsten Ausgabe der Lebensmittelkarten erhalten Jugendliche vom vollendeten 1. bis zum vollendeten 15. Lebensjahr (Stichtag ist der 1. Dezember) jeweils eine Textil-Karte, und zwar für Kleinstkinder vom vollendeten 1. bis zum vollendeten 3. Lebensjahr über 25 Punkte. Die Ausgabe dieser Karte erfolgt gegen Rückgabe der Säuglingskarte, falls eine solche im Besitz für das inzwischen 1 Jahr alt gewordene Kind ist. Knaben und Mädchen vom vollendeten 3. bis zum vollendeten 15. Lebensjahr erhalten ebenfalls eine Kleiderkarte (40 bezw. 35 Punkte). Die Sonderabschnitte sind erst nach Aufruf gültig. Die Gültigkeit aller Textil-Karten ist bis zum 30. 6. 1947 befristet. Jeder Haushaltungsvorstand, der Kinder der genannten Altersgruppen besitzt, ist selbst verantwortlich für den Empfang der Kleiderkarte und kann nach erfolgter Ausgabe sich nicht darauf berufen, er habe keine Karte erhalten. Die Karten sind auf der Vorderseite mit Tinte vollständig auszufüllen, da sonst eine Einlösungspflicht nicht besteht. Für in Verlust geratene Karten kann kein Ersatz geleistet werden. Bei eintretendem Wechsel der Altersgruppe ist die Karte beim Wirtschaftsamt an den üblichen Sprechtagen umzutauschen.

Experimental-Nachmittag Carl Sundra's

Zwei volle Stunden versetzte der Experimentalpsychologe Carl Sundra das Karlsruher Publikum im ausverkauften Kabarett „Roland" in Staunen, als er am Donnerstag nachmittag seinem eröffnenden Aufklärungsvortrag vielseitige und aufregende Experimente auf dem Gebiete der Hypnose, Suggestion, Katalepsie und Telepathie folgen ließ. Es ist erstaunlich, mit welch sauberer Exaktheit und Konzentration der Gedanken dieser ernsthafte Experimentalpsychologe arbeitet, und es ist Carl Sundra besonders Anerkennung dafür zu zollen, daß er seine Darbietungen nicht in ein sensationelles und geheimnisvolles Dunkel hüllt. Carl Sundra rekonstruiert mit wenigen Stichworten (Datum, Ort und Unterschrift, auf einen Zettel geschrieben) persönliche Ereignisse oder jahrelang zurückliegende Begebenheiten ihm völlig unbekannter Personen bis in kleinste Einzelheiten. Agyra Mara — Sundras Tochter — versetzte sich autosuggestiv bis zur vollständigen Unempfindlichkeit in den Zustand der Leichenstarre Katalepsie). Interessenten und Zweifler — die letzteren waren in besonders großer Zahl erschienen — kamen auf ihre Kosten. Der Beifall war außergewöhnlich stark. P. Bauer.

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht vom Amt für Wetterdienst Karlsruhe

Beginnende Frostmilderung. Vorhersage gültig bis Freitagabend: Am Donnerstag vorwiegend heiter, tagsüber leichter, nachts strenger Frost. Am Freitag Bewölkungszunahme mit Frostmilderung. Schwache Winde aus Nordost bis Nord.

Rheinwasserstände:

Pegel: 17. Dez.: Konstanz 267 —1, Breisach 112 +6, Straßburg 140 +0, Maxau 330 —8, Mannheim 194 —6, Caub 118 —9. 18. Dez.: Konstanz 266 —1, Breisach 108 —4, Straßburg 142 +2, Maxau 334 +4, Mannheim 186 —8, Caub 118 ±0.

November-Bilanz der Polizei

Wenn auch im Monat November erfreulicherweise keine Kapitalverbrechen zu verzeichnen sind, so gibt das Anwachsen sonstiger verübter Verbrechen zu großen Bedenken Anlaß. Es wurden im Monat November 144 Einbruchsdiebstähle (im Vormonat 78), 412 einfache Diebstähle (im Oktober 352) und 11 Kraftfahrzeugdiebstähle (im Vormonat 6) der Polizei gemeldet. Die Zahl der Felddiebstähle ist, wohl bedingt durch die Jahreszeit, gefallen. Dagegen sind die Diebstähle an Stallhasen und Geflügel wieder gestiegen. Ein Kapitel für sich bilden die Fahrraddiebstähle. Von der Polizei werden laufend zur Aufklärung und Verhütung Fahrradkontrollen durchgeführt. 52 Fahrräder wurden wegen Verdacht des Diebstahls sichergestellt. Trotz dieser strengen Ueberwachung konnte auch ein anwachsender Fahrraddiebstahl nicht verhindert werden. Im Monat November wurden 108 Fahrraddiebstähle gemeldet, gegenüber 85 im Oktober.

Die Verkehrsunfälle verzeichnen ebenfalls eine erhebliche Steigerung. Der Polizei wurden 49 Unfälle gemeldet (im Oktober 25). Die Mehrzahl der Verkehrsunfälle sind hervorgerufen worden durch rücksichtsloses Fahren, obwohl der Kraftfahrzeugverkehr durch die Verkehrspolizei scharf überwacht wird. Der Städtischen Polizei wurden 617 Anzeigen (im Vormonat 435) vorgelegt. Bei den Unfällen wurden drei Personen tödlich verletzt und 33 Personen erlitten Körperschaden.

Trotzdem das Auf- und Abspringen von den fahrenden Straßenbahnwagen durch die Polizei scharf überwacht wird, will diese Unsitte nicht nachlassen. Nicht weniger als 260 Personen (im Vormonat 178) gelangten wegen dieser Uebertretung zur Anzeige. Die Verkehrsdisziplin der Fußgänger und Radfahrer läßt ebenfalls außerordentlich viel zu wünschen übrig. Die Polizei läßt zur Verkehrserziehung im Fußgänger- und Fahrradverkehr ständig Streifen laufen und trotz der laufenden scharfen Ueberwachung ist die Zahl der Verkehrssünder ebenfalls angewachsen; so daß 521 Anzeigen erfolgten (im Oktober 349). An dieser Zahl sind in erster Linie Radfahrer beteiligt. Einen großen Erfolg hat die Polizei in ihrem Kampf gegen die Schwarzhändler zu verzeichnen, die Großvieh in das französische besetzte Gebiet zu verschieben versuchten. Dieser vorher so blühende Schwarzhandel konnte bereits vollständig unterbunden werden.

DAS WORT DER JUGEND

Das Jugendherbergswerk und wir

Aus der großen Not der Großstadtjugend vor dem ersten Weltkrieg und aus der Sehnsucht in den Augen erlebens- und schauhungriger Jugend heraus war 1909 der Ruf des Lehrers Richard Schirrmann in die deutschen Lande und Schulstuben gegangen: Laßt die Jugend wandern und die Heimat schauen! Laßt sie in Kameradschaft draußen in der Natur Freude und Schönheit, Jugendfrische und Gesundheit empfangen in überbrückender Gemeinschaft! Schafft Raststätten und saubere Herbergen für die wandernde Jugend!

Der Ruf fand Widerhall in dem durch die Wandervogelbewegung vorbereiteten Boden, und die deutsche Jugend ging immer mehr auf Wanderschaft und Entdeckungsfahrt im schönen Vaterland. Die Jungen und Mädel zogen hinaus und kehrten gestärkt an Leib und Seele heim in die Städte und Schulstuben und konnten den nächsten Wandertag kaum erwarten, werbend bei den Daheimgebliebenen.

Wenn es der Unterkunftshäuser anfänglich auch nur wenige waren — mußten die Mittel doch nur aus den Spenden einsichtiger und an der Jugend interessierter Kreise aufgebracht werden —, so wuchs doch das Werk, und im Laufe der Jahre gab es 2200 Jugendherbergen in Deutschland. Spricht nicht die Zahl von jährlich 4,5 Mill. Uebernachtungen eine Sprache der Notwendigkeit und Richtigkeit von Idee und Werk?

Die Jugend selbst, Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Schule und Staatsführung erkannten den erzieherischen, bildenden und gesundheitsfördernden Wert des Jugendwanderns und damit des Jugendherbergswerks. Darüber hinaus hatten sich die maßgebenden Kreise der Erkenntnis nicht verschließen können, daß das Jugendherbergswerk über soziale, politische und konfessionelle Trennung hinweg ein einigendes Band und über die nationalen Grenzen hinaus ein Instrument des Friedens und der Verständigung sein wollte und es auch wirklich war.

Wie der Kuckuck im fertigen Nest sich breit macht und auf Kosten der Arbeitskraft des rechtmäßigen Eigentümers sich mästet, so 1933 die Hitlerjugend. Das Jugendherbergswerk wurde übernommen, die Gründer und selbstlosen Arbeiter am Aufbauwerk verjagt und das Werk selbst in Idee und Gestalt verfälscht und verwirtschaftet. Es wurde nicht mehr gewandert, sondern „marschiert" und „ausgerichtet", wo ehedem Volkslieder erklangen und frohe Tanzweisen zu Fiedel und Laute die Jugend erfreuten, wurde „geschult", da lärmten blecherne Tanzmusik und laute Befehlsstimmen. Die Jugendherbergen wurden zu Kasernen und die selbstverständliche freiwillige Disziplin der Wanderjugend erstickte im öden Kommiß und Militarismus. Und nicht zuletzt, die gesammelten Gelder flossen in unkontrollierbare Kanäle.

Heute gilt es, aus den Trümmern, die der totale Krieg und eine geist- und seelenlose Zeit hinterließen, das Jugendherbergswerk, das in der Zwischenzeit seinen Siegeszug um die ganze Erde angetreten hat, auch bei uns wieder aufzubauen. In Verfolg dieser Aufgabe hat sich in Nordbaden unter der vorläufigen Leitung des früheren verdienstvollen 1. Vorsitzenden in Hingabe an Geist und Idee des Jugendwanderns ein neuer Jugendherbergsverband gebildet. Die zu bewältigende Aufgabe ist riesengroß. Was in Nordbaden von den 31 Jugendherbergen, darunter 4 Eigenheime, nicht dem Kriegsterror zum Opfer gefallen, ist schwer beschädigt, ausgeraubt oder für Wohnzwecke beschlagnahmt. Es wird schwerer Arbeit und große Mittel bedürfen, um in den nächsten Jahren das Werk einigermaßen im Geiste der Jugend wieder zu erstellen.

Steht ihr Männer und Frauen der jungen Generation auch heute noch zu eurem Bekenntnis des Jugendwanderns, das in euren Erinnerungen lebt? Die Frage geht weiter an die berufsständischen Vereinigungen, Organisationen in Gewerbe, Handel und Wirtschaft, an kommunale und staatl. Behörden, an Arbeiter- und Beamtenschaft: Bekennt ihr euch auch heute zur notwendigen Unterstützung? An Lehrer und Jugend ergeht die Frage: Sind eure Erkenntnis und euer Idealismus auch heute stark genug, neben der Begeisterung und der Erlebensfreude auch die Lasten tragen zu helfen? An alle Jugendfreunde: Bekennt ihr euch zur helfenden Tat?

In früheren Jahren haben Bünde und Organisationen, Behörden und Gemeinden, Freunde und Gönner durch korporative und Einzelmitgliedschaft dem Werk Hintergrund und Rückhalt gegeben, hat die Jugend im freiwilligen „Jugendherbergspfennig" das Fundament geschaffen. Die Hitlerzeit hat die Freiwilligkeit in einen Befehl verwandelt. Sollte im neuen Staate das freiwillige Bekenntnis und die freiwillige Unterstützung eines guten Werkes, aus dem unere Zukunft Nutzen trägt, nicht wieder am Platze sein?

Der freiwillig gegebene „Jugendherbergsgroschen" kann erweisen, daß unser Glaube an Deutschlands Zukunft und Jugend lebt! Auf jeden, auf dich und mich kommt es an!

Regierungsrat Karl Heß
Referent für Jugendbetätigung im
Landesdirektorium für Kultus und Unterricht.

DAS WORT DER FRAU

Peter Rosegger

Der Waldbauernbub und Dichter

Mit Peter Rosegger verbindet viele Menschen eine alte Freundschaft, wie wir sie gegenüber Schriftstellern empfinden, die uns in der Jugend ein gutes Stück Weges an der Hand hielten und führten. Dabei ist das Erfreuliche, daß seine Werke eine große Verbreitung fanden; „Der Waldschulmeister" war schon 1910 in 72 000, der „Waldbauernbub" gar in 380 000 Abzügen hergestellt. „Der Waldschulmeister" wurde in gekürzter Form das Musterbuch für die deutsche Sprache an der Universität Grenoble und an der Hochschule in Boston. Der Grund für die große Popularität und Liebe, die er überall fand, liegt in seiner ganzen Persönlichkeit begründet, die in ihrer Tiefe und Schlichtheit jeden ansprach; der Großstädter und der Waldbauer, der Komplizierte und der Einfache verstehen sein Wort, und, wer es braucht, findet Trost in ihm.

In der Steiermark, abseits vom obersten Dorf über 1000 Meter hoch, in der Verlassenheit und Einsamheit steht Roseggers Geburtshaus, wo er 1843 geboren wurde. Das Bild der Mutter zeigt eine kluge, energische Frau, während der Vater mehr verträumt in die Welt blickt. Krankheit und die Sorge um den Lebensunterhalt verließen sie nie. Peter hütete das Vieh und lernte dabei die Naturgeschichte seiner Heimat. Da er zum Bauern zu kränklich war, kam er mit 17 Jahren zu einem Dorfschneidermeister in die Lehre. Tagsüber arbeitend, nachts schreibend, verbrachte er hier vier Jahre. Mit 21 Jahren sandte er sein erstes Geschriebenes „einen ganzen Buckelkorbvoll" an den Redakteur der Tagespost in Graz. Der antwortete dem jungen Handwerker und öffnete ihm den Weg in die Zukunft. Wohltäter fanden sich, welche es ihm ermöglichten, 4 Jahre seiner geistigen Ausbildung zu widmen. In dieser Zeit schrieb er seine Dialektgedichte, und mit 26 Jahren war er ein berühmter Mann. Aber neben seinem fruchtbaren künstlerischen Schaffen war Rosegger der Mann der tätigen Güte und des immer neuen Strebens um geistige Vollkommenheit. Als frommer Christ verhalf er zwei Gebirgsdörfern zum Aufbau von Kirchen, indem er in reichsdeutschen und schweizerischen Zeitungen Aufrufe um Gaben erscheinen ließ. Und so bekannt war der jetzt Siebenundfünfzigjährige, daß ihm aus allen Ländern für die katholischen und evangelischen Kirchen Geld zufloß. In seinem Heimatdorf Alpel gründete er die Waldschule und erweckte damit das fast ausgestorbene Dorf zu neuem Leben. Schöne, tiefe Briefe an seinen Freund, den Komponisten Wilhelm Kienzl, sind uns überkommen, aus denen das Ringen einer reichen Seele spricht.

Nach Roseggers Büchern zu greifen, die in der städt. Volksbücherei zum großen Teil vorhanden sind, gibt Besinnung und Einkehr in menschliches Dasein und die reine Freude an der Schönheit der Alpenwelt. Elgro.

Aus dem Konzertsaal

Liederabend Margarete Lindner

Ein Sänger, dem es gelingt, Feinheit und Freiheit des musikalischen Ausdrucks zu verbinden mit jener spontanen Empfindung, die aus der Seele der Dichtung, dem Geist des Wortes herauswächst und dem es dann noch möglich ist, dieses Ergebnis seelischer und geistiger Konzentration den Forderungen musikalischer Gestaltung unterzuordnen, einen solchen Sänger wissen wir im Besitz des köstlichen Geheimnisses, Lieder singen zu können.

Wer wollte Margarete Lindner nachsagen, nicht singen zu können? Hinter jeder Zeile steht die gewissenhafte Arbeit und das Wissen um die technischen Darstellungsmittel. Wenn man trotzdem kaum weiter gelangt als zu einem rein ästhetischen Genuß dieser schönen und sicher geführten Stimme, dann kann dies wohl nur daran liegen, daß die zentralmenschlichen Erlebeniskräfte eben doch nicht ganz jener Beherrschung darstellender und gesanglicher Ausdrucksmittel adäquat sind. Kapellmeist. Schickle begleitete zuverlässig und mit großer Empfindung. Kn.

Eröffnung der Konzertdirektion Hans Müller

War es Zufall, war es bewußte Tat, daß die neuerstandene Konzertdirektion Hans Müller das heilige Vermächtnis Johann Sebastian Bachs, die Kunst der Fuge, an den Anfang ihrer Veranstaltungsreihe stellte? In der Tat, es war ein guter Anfang, und wir nehmen dieses Bekenntnis dankbar und erfreut entgegen. Dank aber auch dem Heidelberger Bach-Quartett. Es bescherte uns einen unvergeßlichen Abend. Die Wiedergabe dieser letzten Bachschen Fugen und Canons, von denen jeder weiß, die aber wenige nur kennen, war getragen von jener Ehrfurcht und Demut gegenüber dem Werk und seinen Forderungen, die allein zu einem wirklich zu Herzen gehenden Erfolg führen können. Gleich weit entfernt von jener eiseskalten „Objektivität", die man so oft glaubt, Bach gegenüber anwenden zu müssen, wie auch von jeder romantisierenden Verfälschung erstand vor uns der himmelragende Bau dieser Fugen. Goethes herrliches Wort über den Thomaskantor konnte auch mit Recht über diese Stunde der Einkehr und Feier gestellt werden: „Es war, als ob sich die unendliche Harmonie mit sich selbst unterhielte ..."

Der Konzertdirektion Müller aber wünschen wir von Herzen Erfolg und Gedeihen. Möge sie sich zu einem Faktor im Kunstleben unserer Stadt emporarbeiten. Kn.

Dr. Wilhelm Furtwängler entnazifiziert. Nach 9-stündiger Verhandlung und 2½-stündiger Beratung beschloß die Entnazifizierungskommission für Kulturschaffende in Berlin dem Antrag Dr. Wilhelm Furtwänglers stattzugeben. Der Antrag wird befürwortend an die alliierte Kommission weitergeleitet. Dr. Furtwängler wird das unbeschränkte Recht zur Ausübung seines künstlerischen Schaffens zugestanden. (dena)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutsche Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 18. Dez. (dana)

Jakel Heinz 25. 11. 22, Jakel Herbert 26. 3. 12, Kaiser Paul 22. 3. 26, Kaiser Peter 23. 8. 13, Kaiser Rolf 27. 11. 02, Kaiser Rudolf 23. 5. 26, Landkuhler Franz 31. 7. 16, Landmann Georg 19. 3. 15, Landmann Heinrich 13. 11. 20, Landmann Rudolf 17. 10. 03, Maier Adolf 20. 5. 09, Maier Alois 21. 4. 20, Maier Erich 12. 8. 21, Maier Erwin 25. 10. 18, Nedwed Heinz 28. 4. 15, Nee Heinrich 14. 7. 00, Neef Eugen 29. 10. 16, Neef Hans 2. 11. 29, Oesterreich Helmut 2. 10. 16, Oesting Adolf 8. 8. 25, Oetjens Heinrich 10. 9. 06, Oestmann Heinz 4. 12. 22, Parpart Walter 14. 7. 13, Paar Christian 3. 4. 12, Parsch Erich 7. 6. 14, Parschke Richard 8. 4. 09, Rasch Paul 24. 5. 04, Raschdorf Josef 23. 1. 04, Raschdorf Robert 1. 12. 10, Raschke Arthur 4. 5. 15, Sandner Johannes 2. 9. 94, Sandring Otto 9. 10. 18, Sandujoff Dieter 17. 1. 27, Sanger Fritz 2. 4. 07, Schafer Kurt 4. 12. 99, Schafer Ludwig 23. 4. 07, Schafer Max 16. 10. 02, Schafer Nikolaus 27. 12. 15, Stankewitz Clemens 4. 9. 25, Stankowski Richard 29. 7. 10, Stannek Robert 3. 6. 19, Stantzyk Helmut 11. 5. 21, Telshof Erwin 12. 9. 22, Temke Hermann 12. 5. 03, Temp Walter 16. 9. 06, Tempel Johann 18. 10. 98, Ulmer Gotthold 21. 1. 16, Ulmer Willi 3. 8. 28, Ulner Artur 14. 5. 11, Uloske Max 9. 4. 00, Vielow Arno 6. 1. 05, Vielweber Leonhard 12. 11. 07, Vienzens Dieter 26. 9. 28, Vierbaum Fritz 2. 11. 23, Wagner Josef 14. 10. 14, Wagner Karl 14. 2. 94, Wagner Karl 19. 12. 04, Wagner Karl 21. 7. 06, Zeesing Johann 11. 12. 14, Zegert Peter 21. 2. 01, Zeh August 14. 5. 03, Zeh Kurt 23. 1. 26. — Sanger Otto 27. 9. 26, Sanger Reinhold 1. 12. 03, Santjer Jürgen 14. 9. 27, Schafer Otto 15. 4. 20, Schafer Paul 25. 1. 03, Schafer Paul 3. 5. 05, Schafer Paul 19. 3. 05, Stanzel Josef 2. 3. 23, Stapf Richard 14. 4. 01, Stapf Max 21. 6. 02, Stapf Richard 14. 4. 01, Stapp Heinr. 13. 6. 24, Templin Kurt 17. 5. 02, Tenamberger Walter 6. 7. 12, Tenderich Josef 6. 7. 07, Tendhoff Theo 8. 2. 25, Tenner Heinrich 9. 4. 25, Ulmer Gotthold 21. 1. 16, Ulmer Willi 3. 8. 28, Ulner Artur 14. 5. 11, Uloske Max 9. 4. 00, Vieregge Heinrich 1. 3. 26, Vierheller Heinrich 14. 1. 22, Vierheller Herbert 30. 1. 21, Vierhuß Hans 12. 2. 98, Wagner Karl 11. 5. 21, Wagner Konrad 9. 6. 12, Wagner Kurt 30. 10. 04, Wagner Kurt 12. 9. 24, Zehagen Alfred 31. 5. 11, Zehentner Fritz 2. 3. 04, Zehmisch Heinz 28. 12. 21.

Anderle Josef 24. 2. 24, Andermann Jonny 13. 7. 03, Anders Adolf 29. 3. 03, Anders Alfred 31. 1. 07, Bahlef Willi 29. 1. 25, Bahlke Friedrich 28. 2. 04, Bahlmann Wilhelm 29. 9. 06, Bahlo Herbert 21. 1. 13, Ciupka Alfred 31. 1. 05, Ciupka Jan 9. 7. 07, Ciupka Walter 31. 1. 05, Claas Heinz 17. 11. 21, Dankert Ernst 23. 12. 11, Dankert Georg 5. 11. 14, Danzmayer Helm. 1. 11. 26, Dankworth Otto 18. 9. 09, Eckert Anton 26. 1. 28, Eckert Emil 25. 5. 03, Eckert Günter 21. 6. 09, Eckert Gottfried 13. 10. 17, Faust Christian 22. 12. 08, Faust Walter 13. 12. 15, Faustel Martin 1927, Faustin Georg 23. 4. 28, Gartner August 16. 6. 97, Gartner Ernst 27. 11. 05, Gartner Franz 1. 2. 05, Gartner Gerh. 16. 1. 05, Hadert Paul 7. 4. 04, Hader Wilhelm 14. 11. 11, Haderian Nikolaus 24. 12. 07, Hadrian Franz 2. 6. 25, Jakel Herbert 1. 9. 28, Jakel Hermann 19. 11. 08, Jakel Rudolf 3. 6. 23, Jakel Werner 22. 3. 23, Kaiser Wilhelm 6. 12. 99, Kaiser Willi 1. 1. 10, Kaiß Otto 27. 4. 11, Kaja Paul 24. 2. 20, Landre Hermann 3. 8. 03, Landsberger Bruno 23. 10. 00, Landsmann Erich 18. 12. 11, Landgraf Ernst 20. 7. 10, Maier Georg 25. 7. 12, Maier Felix 13. 11. 02, Maier Hans 6. 9. 10, Maier Hans 26. 3. 07, Neefe Karl 8. 2. 96, Neff Johannes 5. 4. 10, Neff Franz 30. 5. 26, Neffe Georg 20. 9. 24, Oestreich Günter 4. 4. 29, Oestreich Willi 17. 4. 03, Oetken Karl 10. 12. 25, Oettel Alb. 18. 9. 98, Parsiegla Martin 6. 8. 06, Parthen Helmut 26. 8. 00, Partickel Artur 3. 8. 02, Parzel Josef 23. 1. 05, Raschke Fritz 2. 4. 08, Raschke Joachim 3. 5. 28, Raschke Walter 20. 12. 09, Raschdorf Paul 9. 6. 05, Sanger Kurt 30. 9. 23,

Amsel Gustav 28. 8. 13, Amselstetter Martin 24. 2. 15, Amsler Walter 18. 9. 12, Amthor Karl 9. 10. 96, Bäuerle Franz 4. 10. 15, Berg Johann 21. 3. 25, Bagdons Emil 28. 10. 06, Bagendorf Hermann 16. 8. 14, Cieslik Franz 16. 7. 13, Cieslik Hyazint 31. 8. 96, Cieslik Josef 13. 3. 13, Cieslok Franz 22. 1. 96, Danik Heinz 4. 6. 22, Danim Karl 9. 1. 10, Danisch Georg 11. 4. 13, Danke Adolf 10. 10. 02, Eckelmann Emil 15. 9. 97, Eckelt Wilhelm 25. 10. 97, Eckelt Herbert 6. 12. 02, Eckelt Heinrich 26. 5. 19, Faulhaber Erich 3. 11. 10, Faulhaber Josef 2. 7. 02, Faulhaber Max 29. 5. 24, Faulhaber Rudolf 20. 11. 05, Garlin Walter 25. 8. 27, Garnjost Hans 7. 7. 12, Garske Erwin 27. 8. 03, Garske Franz 4. 9. 04, Hacklechner Lutz 13. 2. 13, Hackler Konrad 29. 10. 07, Hackler Otto 28. 2. 20, Hackmann Erich 10. 5. 25, Jahreis Artur 20. 2. 28, Jahrig Paul 15. 6. 00, Jainsch Wilh. 20. 8. 04, Jainski Edmund 14. 10. 98, Kaiser Ludwig 29. 5. 03, Kaiser Max 5. 9. 12, Kaiser Otto 18. 1. 15, Kaiser Oswin 5. 4. 98, Landgraf Hugo 24. 6. 23, Landgraf Harry 20. 1. 25, Landgraf Kurt 18. 7. 05, Landgraf Kurt 19. 5. 25, Maidel Walter 16. 8. 15, Maidl Josef 4. 1. 05, Maidorn August 13. 5. 05, Maier Adolf 8. 10. 98, Nebel Walter 19. 1. 11, Neber Karl 28. 4. 13, Nebling Otto 18. 8. 95, Necker Adama 29. 8. 08, Oesinghaus Richard 9. 5. 07, Oesterde Hans 17. 8. 27, Oesterheld Otto 4. 7. 21, Oesterritz Wilhelm 5. 9. 04, Parke Bruno 19. 12. 98, Parlitz Walter 13. 10. 08, Parnitzke Rudolf 13. 1. 22, Paroteytis Max 14. 3. 13, Rasch Helmut 12. 5. 20, Rasch Karl 4. 9. 02, Rasch Josef 19. 7. 22, Rasch Kurt 20. 10. 02, Sandhop Willi 26. 11. 11, Sandig Kurt 17. 1. 07, Sandmann Fritz 13. 8. 97, Sandmann Leonhard 28. 8. 05, Sandner Johann 29. 8. 28, Schafer Karl 25. 6. 16, Schafer Karl 19. 2. 23, Schafer Karl 12. 3. 24, Schafer Karl 19. 7. 24, Stanieck Hubert 13. 2. 04, Stanieck Jozef 11. 3. 94, Staniewski Egon 11. 5. 15, Stanke Karl 2. 1. 22, Teli Josef 20. 3. 13, Tellermann August 23. 4. 04, Tellermann Johann 30. 4. 10, Tellkamp Heinz 28. 11. 27, Ullrich Walter 20. 3. 10, Ullusat Fritz 1. 11. 12, Ulm Konrad 22. 1. 01, Ulmer Gerhard 31. 7. 00, Ulmer Franz 12. 9. 96, Viehrig Hans 9. 7. 20, Vieke Paul 8. 5. 08, Vieland Hermann 9. 7. 04, Vielstich Erich 6. 10. 07, Wagner Johannes 25. 4. 24, Wagner Josef 9. 4. 04, Wagner Josef 12. 11. 23, Wagner Josef 12. 2. 26, Zedler August 8. 1. 20, Zedler Paul 10. 9. 07, Zedler Paul 20. 3. 24, Zebb David 5. 5. 05, Zebb Gottfried 30. 1. 09.

Anderson Paul 11. 7. 13, Andert Karl 11. 12. 04, Andert Wenzel 12. 5. 08, Andra Alfr. 18. 11. 07, Bahrmann Gerald 15. 12. 27, Bahrmann Max 15. 8. 04, Bahro Fritz 18. 1. 14, Bahro Herm. 19. 4. 01, Bahrs Willi 21. 11. 00, Clausen Bruno 14. 1. 04, Clausen Arnold 22. 4. 01, Claussen Konrad 24. 4. 17, Clemens Jan 16. 7. 13, Dargatsch Wilhelm 31. 12. 20, Dargatz Alfred 1. 2. 15, Dargers Robert 20. 7. 22, Darries Hermann 25. 12. 09, Eckhardt Ludwig 17. 1. 24, Eckhardt Martin 9. 2. 09, Eckhardt Hans 4. 7. 26, Eckhoff Friedrich 8. 3. 17, Fechtmeier Otto 6. 11. 09, Fecke Heinrich 1. 12. 13, Fecke1 Bruno 20. 7. 25, Fedder Erich 8. 2. 26, Gathje Heinrich 24. 7. 21, Gathman Heinrich 14. 11. 1912, Gatterer Georg 12. 2. 10, Gattig Günter 6. 2. 27, Haferburg, Vorname fehlt, 12. 6. 26, Haferstrock Theodor 7. 9. 02, Haffner Adolf 16. 11. 15, Haffner Artur 19. 4. 07, Jakob Max 3. 8. 01, Jakob Otto 27. 2. 15, Jakob Otto 17. 9. 05, Jakob Paul 27. 11. 98, Kalff Herbert 1. 12. 04, Kalfschmidt Otto 4. 1. 10, Kalhoff Helmut 28. 3. 23, Kalicki Alfons 28. 2. 04, Lang Josef 21. 2. 15, Lang Karl-Friedrich 4. 12. 27, Lang Karl 12. 8. 09, Lang Lothar 16. 1. 09, Malko Viktor 26. 11. 99, Mainhardt Willi 24. 2. 07, Mainz Willi 19. 11. 10, Mainz Franz 22. 9. 09, Neidlein Otto 7. 11. 21, Neiglz Willi 17. 5. 00, Neike Hermann 26. 8. 06, Neike Paul 15. 3. 05, Ohl Johann 1. 8. 23, Ohland Karl 27. 8. 19, Ohlendorf Gerhard 8. 1. 26, Ohlendorf Karl 1. 3. 04, Pasternak Werner 4. 5. 14, Pasterski Jan 1. 1. 17, Past Jan-Otto 23. 7. 99, Pastor Werner 26. 6. 25, Rath Richard 11. 11. 16, Rath Vinzenz 27. 11. 16, Rathel Gerhard 17. 1. 23, Rathenow Fritz 1. 2. 07, Sasse Hermann 3. 2. 06, Sassen Hans 27. 5. fehlt, Sassin Alfred 30. 6. 09, Saßmannshausen Wilhelm 6. 9. 09, Satow Walter 3. 11. 03, Schafer Willi 21. 4. 12, Schaefer Willi 17. 3. 25, Schaffers Gustav 23. 11. 99, Schaffarszick Karl 24. 4. 08, Schaffenberg Heinz 6. 4. 27, Starke Erich 28. 10. 06, Starke Heinrich 8. 8. 09, Starke Herbert 10. 11. 20, Starke Rudolf 24. 3. 12, Starzonek Paul 25. 1. 27, Terhorst Helmut 17. 7. 26, Terhorst Jan 15. 7. 07, Terhorste Matthias 22. 12. 04, Terjung Friedrich 24. 12. 17, Ulrich Richard 24. 4. 21, Ulrich Walter 6. 10. 11, Ulrich Walter 13. 2. 26, Ulrich Wilhelm 31. 7. 07.

Anders Bernhard geb. 1906, Andres Edmund 23. 7. 02, Andersen Willi 8. 10. 04, Andres Josef 27. 3. 95, Bajchof 24. 9. 20, Bajer Franz 19. 7. 13, Bajer Herbert 3. 12. 24, Bak Karl 6. 3. 24, Bak Werner 21. 3. 26, Baker Roman 18. 9. 27, Connert Helmut 23. 7. 15, Conrad Bernhard 22. 9. 12, Conrad Erwin 21. 9. 27, Daucher Martin 7. 2. 15, Daudistel Fritz 20. 3. 02

(Fortsetzung in nächster Nummer)

Gesuchte Personen

Folgende aus Polen in Deutschland befindliche Personen werden von Herrn Gustav Jobs, Broadview Sask., Canada, gesucht: Johann Jobs, geb. 1904 in Klein-Dembe, seine Ehefrau geb. Siebert, seine Schwester Amalie Ren, geb. in Klein-Dembe, Söhne Alfred Ren und Helgard Ren, Tochter Marta Ren, Schwager Emil Biernacki, seine Frau Poliene Biernacki geb. in Klein-Dembe, Schwager Robert Nering, Frau des Jakobine Nering aus Klein-Dembe.

Wer die Adressen von obigen Leuten kennt, werde sich bitte an obige Adresse.

DIE WIRTSCHAFT

Künstliches Fett aus Kohle

Die Gewinnung von Speisefetten aus Kohle ist im Zusammenhang mit der unzureichenden Fettversorgung Deutschlands in letzter Zeit in den Vordergrund des Interesses getreten. Diese Erfindung beruht auf dem Prinzip der Kohlenverflüssigung und schließt sich an das I.G.-Hochdruckverfahren an, das bei der Herstellung von synthetischem Benzin angewandt wurde. Ausgangsprodukt für die Gewinnung der benötigten Fettsäuren ist das synthetische Paraffin. Mit Hilfe von Kalium-Permanganat-Katalysatoren wird das flüssige Paraffin in einem Oxydationsprozeß zu 35 Prozent in Fettsäuren überführt. Der Rückstand, das sogenannte Gatsch, wird neuerlich oxydiert, so daß schließlich 80—85 Prozent Fettsäuren zur Verfügung stehen. Durch weitere Destillationsprozesse entstehen dann im Endvorgang Fettsäuren C5 bis C36. Nur der Hauptlauf C9 bis C20 findet zur Herstellung von Speisefett oder Seife Verwendung. Die anderen Fraktionen werden für wertvolle Nebenprodukte wie Kunststoffe, Lösungsmittel und Alkohol verwendet. Aus dem Hauptlauf werden später mit Hilfe eines Zinkkatalysators und Glyzerin die letzten Reste der freien Fettsäuren ausgeschieden, so daß im Endprodukt schließlich 100 Prozent Speisefett, das eiweiß- und bakterienfrei und vollkommen geruchlos ist, entsteht. Seine besonderen Eigenschaften lassen es vornehmlich für Diabetiker und andere Zuckerkranke hervorragend geeignet erscheinen. Die ersten Versuche zur Herstellung von künstlichen Speisefetten wurden durch Dr. Imhausen 1931 vorgenommen. 1938 begann die Herstellung auf breitester Grundlage. Diese Anlagen gehören den Deutschen Fettsäure-Werken GmbH. Witten/Ruhr. Die Werkskapazität beträgt 35 000 t Rohfettsäure jährlich. Zur vollen Auslastung dieser Produktionskapazität wäre nur ¾ Prozent der jährlichen deutschen Kohlenförderung notwendig. (dana)

Kein genossenschaftlicher Zwang

Das Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden teilt mit: Die deutschen Regierungsstellen sind angewiesen dafür zu sorgen, daß der Aufbau und die Arbeitsweise der Genossenschaften und Genossenschaftsverbände den Richtlinien der Militärregierung entsprechen. In diesen Richtlinien sind die Grundsätze der freiwilligen Mitgliedschaft der politischen und religiösen Unparteilichkeit, der Wahl der aufsichtsführenden Verwaltungsorgane durch die Mitglieder und der Verteilung der Gewinne und Verluste auf die Mitglieder nach ihren Geschäftsanteilen oder dem Umsatz besonders hervorgehoben. Es wird auch der freiwillige Zusammenschluß von Genossenschaften zu Verbänden bis zur Landesinstanz und die Schaffung gemeinschaftlicher Genossenschaftseinrichtungen wie Großeinkaufsgenossenschaften und von Rechnungsprüfungsverbänden zugelassen. Das Wirtschaftsministerium Stuttgart, dem die Durchführung dieser Aufgabe im Lande übertragen ist, hat ein eigenes Genossenschaftsreferat geschaffen und aus Vertretern der hauptsächlichsten Genossenschaftsverbände einen Beirat gebildet. Die Satzungen von neuzugründenden Verbänden müssen vor der Eintragung der Genossenschaft im Genossenschaftsregister vom Wirtschaftsministerium genehmigt sein. Die Selbstverwaltung der Genossenschaften und der Gedanke der Selbsthilfe, die die Genossenschaften in der Vergangenheit groß gemacht haben, bleiben unter allen Umständen gewahrt.

Revision britischer Außenhandelspolitik

Die Dollaranleihen werden bei der gegenwärtigen Tendenz der britischen Ausfuhr sehr schnell verbraucht sein, erklärte der britische Handelsminister Sir Stafford Cripps am 27. d. Mts. auf einer Exporttagung des britischen Industrieverbandes.

Der Handelsminister kündigte „drastische Maßnahmen" an, wenn es Großbritannien nicht im nächsten oder übernächsten Jahre gelinge, einen Ausgleich zu schaffen, durch den England durch Exporte mehr Dollar gewinnt und weniger Dollar für Importe ausgibt.

50 Prozent der britischen Einfuhr stammen aus den USA und Kanada, während die britische Ausfuhr in diese Länder nur 14 Prozent der Gesamtausfuhr beträgt. Wie INS ergänzend meldet, wird die amerikanische Anleihe nach den gegenwärtigen Anzeichen innerhalb von zwölf Monaten, vielleicht sogar früher, völlig aufgebraucht sein, wenn die amerikanischen Preise weiterhin ansteigen.

Aus diesem Grunde werden einerseits Beschränkungen der Importe, die mit Dollar bezahlt werden müssen, in Erwägung gezogen, während andererseits eine Förderung der Produktion solcher Güter angestrebt wird, die gegen Dollar verkauft werden. Dies soll, wenn notwendig, auf Kosten der Exporte in Länder des Sterling-Blocks geschehen. Außerdem soll das System der Kaufgenehmigungen für Rohmaterialien zu Gunsten der Firmen überprüft werden, die für den Export nach den Vereinigten Staaten arbeiten. Ferner erwägt das britische Ernährungsministerium die Möglichkeit, mehr Lebensmittel von Ländern zu beziehen, deren Währung nicht auf dem Dollar fundiert. (dana)

Neuer Verteilungsschlüssel für Kohle. Eine Erhöhung um 4,8 Prozent in der Kohlezuteilung für die amerikanische Zone gegenüber November ist für die bevorstehende vierwöchige Zuteilungsperiode im kommenden Januar von den zuständigen britischen und amerikanischen Verwaltungsstellen vorgenommen worden. Die für die amerikanische Zone vorgesehenen Kohlenlieferungen wurden in der Zeit vom 25. November bis 8. Dezember aus der britischen Zone zu 100 Prozent, aus der französischen Zone zu 92 Prozent und aus der Sowjetzone zu 74 Prozent erfüllt. (dana)

Die arbeitstägliche Kohlenförderung in der britischen Zone ist weiter im Steigen begriffen. Am 6. Dezember wurde mit 200 877 t ein neuer Höchststand erreicht. (dana)

Amerikanischer Kohlenexport. Zur Beschleunigung des amerikanischen Kohlenexportes wurden Maßnahmen von der US-Verwaltung für feste Brennstoffe eingeleitet. Die Ausfuhrlizenzen für November wurden verlängert, um den Export aus dem November-Kontingent nachzuholen. Von der Exportzuteilung für November von 2 937 500 Tonnen wurden nur 1 068 204 Tonnen verschifft. (dana-Reuter)

Die westdeutsche Steinkohlenförderung hatte am 27. November mit 198 038 t einen neuen Höchststand zu verzeichnen. Der Werkselbstverbrauch muß noch in Abrechnung gebracht werden, so daß also nicht die gesamte Kohlenmenge zum Verkauf gestellt werden kann. (WID)

Die Abteilung „Druckmaschinenbau" des Augsburger Werkes der MAN ist als Reparationsleistung vorgesehen und vorläufig beschlagnahmt worden. (dana)

Firma „Kugelfischer". Als erstes Werk, das zu Reparationszwecken an die Sowjetunion geliefert werden mußte, ist jetzt die Firma „Kugelfischer", Schweinfurt, vollkommen abgebaut und verladen worden. (dana)

Die Ausfuhr bayerischer Metallwaren im Interzonenverkehr erhöhte sich im Oktober auf 3 125,30 Tonnen im Werte von rund 12 Millionen Mark gegenüber 1 869 Tonnen für 8,28 Millionen Mark im September dieses Jahres. (dana)

Henschel stellt wieder Lokomotiven her. Aus Kassel meldet der WID: Die Firma Henschel u. Sohn, die sich mit der Reparatur von Lokomotiven in großem Umfange befaßt, wird in beschränktem Umfange auch wieder die Neuanfertigung von Lokomotiven aufnehmen.

Die Gesellschaft für Linde-Eismaschinen A.-G., Wiesbaden weist in ihrem Jahresabschluß 1944 einen Reingewinn von RM 364 836.63 aus, der auf 1945 vorgetragen wird. Auf das Grundkapital von 34 266 000.— RM fielen Verbindlichkeiten mit 16 678 013.51, Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen mit 12 020 589.96 RM, andere Bankguthaben mit RM 19 762 520.26 und sonstige Forderungen mit 10 046 677.14 RM.

Die Opelwerke in Rüsselsheim haben die Fabrikation von Ersatzteilen für Opelwagen aufgenommen. Die Ersatzteile sind für den Export bestimmt. (dana)

„Maschine und Werkzeug", das Offerenblatt für Maschinenwesen und technischen Bedarf (Herausgeber Karl-Heinz Ih(!) erscheint in Coburg/Bay., Heiligkreuzstr. 12.

Synthetischer Gummi für ASA weiterhin wichtig. „Niemals wieder darf Amerika das Opfer ausländischer Gummikartelle werden", erklärte der Vizepräsident der amerikanischen Gummifirma B. F. Goodrich Company, James Newman, in einer Rede vor der Vereinigung amerikanischer Automobilfirmen und empfahl die Aufrechterhaltung der Produktion synthetischen Gummis zur Deckung von mindestens einem Drittel des amerikanischen Gesamtbedarfs. (ap)

Bizonaler Fachausschuß „Chemie". Aus Düsseldorf berichtet der WID: Um eine enge Zusammenarbeit zwischen chemischer Industrie und den Behörden der beiden angelsächsischen Zonen zu gewährleisten, wurde ein bizonaler Fachausschuß „Chemie" gebildet, der bereits in Tätigkeit getreten ist. Innerhalb der neuen Fachkommission wurde grundsätzlich festgelegt, daß die Produktionsplanung für die chemische Industrie in enger Zusammenarbeit von Behörden und Vertretern der Industrie durchgeführt wird. Der bizonale Fachausschuß hat sich weiter dafür eingesetzt, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Chemie in der britischen u. amerikanischen Zone nach einheitlichen Gesichtspunkten getroffen werden.

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG. in Essen. Für das am 30. Juni 1946 beendete Geschäftsjahr wird im Hinblick auf die gestiegenen Produktionskosten mit einem Verlustabschluß gerechnet. Ob für das laufende Geschäftsjahr ein Bilanzausgleich möglich sein wird, steht noch nicht fest. (WID)

Salamander AG. in Kornwestheim (Württemberg). Die Gesellschaft erlitt nach dem Jahresbericht von 1945 schwere Kriegsschäden. Im Berichtsjahr ergab sich ein Rohgewinn von 5,76 (1944 21,22) Mill. RM, wovon Löhne und Gehälter 3,98 (8,83) Mill. RM erforderten. Bei Anlageabschreibungen von 0,84 (3,04) Mill. RM verbliebe ein Ueberschuß von 0,05 (0,13) Mill. RM, der zuzüglich des Gewinnvortrages von 0,75 (0,62) Mill. RM vorgetragen wird. Im laufenden Jahr wurde bisher mit mäßigem Gewinn gearbeitet.

Lagerbestände bayerischer Porzellanfabriken beschlagnahmt. Sämtliche Lagerbestände der bayerischen Geschirrporzellanfabriken wurden am 30. Nov. im Einvernehmen mit der amerikanischen Militärregierung für Bayern zur Sicherung der vorgesehenen Exportvorräte beschlagnahmt. Die Maßnahme soll die Ermittlung der für den Export zur Verfügung stehenden Mengen erleichtern. (dana)

Bayerische Exportgüter auf dem Weltmarkt begehrt. Bayerische Waren sind weiterhin auf ausländischen Märkten begehrt, erklärte die Export-Import-Abteilung in der Handelsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Bayern am Donnerstag. Seit Beginn der amerikanischen Förderung der bayerischen Exporte sind mehr als 600 Anfragen ausländischer Staaten wegen bayerischer Exportgüter von der Export-Import-Abteilung geprüft worden. Die Vereinigten Staaten, Luxemburg, Norwegen, Belgien, Kanada, Schweden, Portugal, Dänemark, Großbritannien, die Niederlande, die Schweiz, Frankreich, Oesterreich und die Tschechoslowakei bemühten sich um bayerische Exporte. Die Exportverkäufe blieben jedoch etwas begrenzt durch die Preisschwierigkeiten, die von dem unbekannten Wert der Mark und der Notwendigkeit herrühren, alle Einkäufe mit amerikanischen Dollar zu bezahlen, die in manchen Ländern knapp sind. (dana)

Badische Bank, Karlsruhe. Eine am 9. d. Mts. stattgefundene a.o. Hauptversammlung nahm Zuwahlen zum Aufsichtsrat vor. Der Aufsichtsrat setzt sich jetzt wie folgt zusammen: Präsident des Landesbezirks Baden Reichsminister a. D. Dr. Heinrich Köhler, als Vorsitzender; Ministerialdirektor Dr. Alfred Bund, als stellv. Vorsitzender; Ministerialrat Gustav Strohm, Freiburg; Bankdirektor Johannes Schätz, Erlangen; Direktor Dr. H. Albrecht, Rheinfelden; Fabrikant Eugen Werner, Mannheim; Friedr. Storf, Bankangestellter, Karlsruhe. — Durch Beschluß des Aufsichtsrates wurde Bankdirektor Rolf von Gierke zum stellv. Vorstand bestellt. — Die Badische Bank betätigt sich weiterhin als Regionale Kreditbank und Vertrauensbank des Staates.

Warenbegleitbrief für alle Zonen. Mit Wirkung vom 15. Dezember 1946 wurde für den Warenverkehr zwischen der britisch-amerikanischen Zone einerseits und der sowjetischen Zone bzw. der französischen Besatzungszone andererseits die Benutzung des bisher in der US-Zone bereits verwendeten Warenbegleitpapiers einheitlich angeordnet. Dieses Warenbegleitpapier ist bei allen Grenzkontrollen vorzuzeigen. Bei dem Verkehr auf der deutschen Eisenbahn wird jedoch eine Sonderregelung eingeführt, die den Zweck hat, die zeitraubende Kontrolle der Züge an den Grenzen zu vermeiden. In Zukunft muß mit dem Frachtbrief der Güterabfertigung des Aufgabeortes das Warenbegleitpapier für die im Interzonenverkehr zu versehende Ware übergeben werden. Alle bisher bereits bestehenden Verordnungen für die Genehmigung im Interzonenwarenverkehr bleiben in vollem Umfange bestehen. Privatsendungen (mit Ausnahme von Lebensmitteln), können bis zu einem Höchstgewicht von 20 kg ohne ein Warenbegleitpapier bei der Eisenbahn aufgegeben werden, wenn die Erklärung des Absenders vorliegt, daß es sich nicht um eine Geschäftssendung irgendwelcher Art handelt. (dana)

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US - WB - 101
Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DANA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Familien-Nachrichten

Karlheinz Windgassen, Verlagskfm., m. qt. Lebenskam., uns. lb. Vat., Sohn u. Brud., wird a. jugoslaw. Kriegsgef. nicht mehr zu uns zurückk. I. tf. Tr.: Frau Rose Windgassen u. Angeh. Khe., z. Zt. (13a) Förrenbach.

Adolf Müller, Uffz., m. lb. treus. Gatte u. Vater, ist am 18. 4. 45 i. Laz. Pillau gest. Luise Müller geb. Zutavern u. Kind. Khe., Haizingerstr. 9, Max Müller, Tullastr. 84. Trauerfeier: 22. 12., ½10 Uhr, Haizingerstr. 1.

Heinrich Erb, Bäckermeister, m. lb. Mann, uns. lb. Vater u. Onkel, starb am 14. 12. 46. Für die Bew. d. Anteilnahme u. Grabgesänge herzl. Dank. Khe.-Hagsfeld. In tiefer Trauer: Ernestine Erb geb. Wurm u. Angehörige.

Josef Kunzelmann, m. lb. Mann, uns. qt. Vater u. Großvater, ist im Alter v. 80 J. sanft entschl. Die trauernden Hinterbliebenen: Theresia Kunzelmann We. und Angehörige. Trauerhaus: Rüppurrer Straße 7.

Jakobina Speck Wwe. geb. Furrer, uns. lb., treubes. Mutter, ist am 9. 12. 46 i. Alt. von 62 J. unerwartet heimgeg. Für d. erw. Teiln. und Kranzspenden herzlichen Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.

Berta Maus Wwe. geb. Lautenschläger starb unerwartet am 15. Dezember 1946. Karlsruhe, 17. 12. 1946. Im Namen der Hinterbliebenen: Liesel Maus Wwe. Beerdigung fand am 18. 12. in aller Stille statt.

Maria Hartmann geb. Winkle, uns. lb. Tante, ist nach kurzer, schw. Krankheit im Alt. v. nahezu 80 J. sanft entschl. Beerdig. 19. 12., 15 Uhr, in Khe.-Rüppurr. Fam. Friedr. Volz u. Fam. Lina Mall, Allmendstr. 23.

Anna Etzel geb. Fenrich: Am 17. 12., morg. 5.45 Uhr, ist meine lb. Frau, uns. qt. Mutter, für immer von uns geg. A. Etzel, Khe., Durlacher Allee 18. Beisetzung a. 20. 12., 10.30 Uhr, Seelenamt 23. 12., 7 Uhr.

Emil Herwedel: Schnell u. unerw. kam d. schmerzl. Nachr., daß m. lb. Mann, uns. qt. treubes. Vater, in russ. K.-Gef. i. A. v. 43 J. gest. ist. In tf. Trauer: Frau Elsa Herwedel u. Kinder Gertrud und Reiner.

Gustav Schulz, Studienrat, m. lb. Mann, qt. Vater, Sohn, Bruder, Schwager starb ab. 24. 11. 46 a. d. Heimkehr a. russ. Gef. In tf. Leid: Martha Schulz u. Kinder, Weinheim, Marie Schulz, Khe., Sophienstr. 159 u. Verw.

Hermann Fritz, mein lb. gt. Mann, wurde nach lang., schw. Leiden im Alt. v. 41 J. in die Ewigkeit abberuf. Beerd. Fr., 20. 12., 10 Uhr. I. tf. Tr.: Anny Fritz geb. Kestel u. Angeh. Khe., Luisenstr. 15, u. Hockenheim.

Albert Huber, m. lb. Mann, uns. treus. Vater, ist nach kz. Krankh. a. 17. 12. kurz vor sein. 48. Geburtstag s. entschl. Beerd. 20.12., 11 U., Hptfr. D. tr. Hinterbl.: Ida Huber geb. Sauer, Rudi u. Bernd. Tr'h. Luisenst. 24

Ihre Verlobung geben bekannt:

Ingeborg Leusch — Heinz Kindig. Karlsruhe, Lessingstr. 36. Breslau, 21. Dezember 1946.

Christl Kanitz — Bert Honecker, Karlsruhe i. Bd., Belchenstraße 45.

Gertrud Ernst — Erich Böhmert, Durlach, Ernst-Friedrich-Straße 1, III. Stock.

Anna Debren, Zernowitz/Rumänien — T/S. **Paul Stutts**, wh. Rüppurr, Langestr. 79. Charlotte/North, Karolina USA.

Else Kappler — Herbert Henkenhaf, Durlach, Grünwettersb.

Ruth Lausmann — William J. Quinn, Karlsruhe, USA.

Ihre Vermählung geben bekannt:

Sepp Falk — Gertrud Falk geb. Weis, Rammersweier bei Offenburg, Neureut bei Karlsruhe. Trauung: 19. 12. 46.

Dipl.-Ing. Ulli Voelskow — Dagmar Voelskow geb. Pfisterer, Khe., Mathystr. 29, 21. 12. 1946. Tr.: 14.30 U., Christusk.

Hans Dennerlein — Herta Dennerlein geb. Räpple, Karlsruhe, 21. Dez. 1946. Khe.-Rüppurr, Rastatter Straße 17.

Herbert Lenk — Gerda Lenk geb. Gerhardt, Khe.-Rintheim.

Helmut Hofer — Else Hofer geb. Arnold, Bretten, 21. Dezember 1946.

Jagdstr. 39. Trauung: 21. 12. 46, 11.30 U. Christus-Kirche.

Geboren:

Gabriel: Uns. 4. Kind ist angek. Dr. phil. W. Schneider u. Fr. Gertr. gb. Runge, Mozartst. 5. Pr.-Kl. Dr. Linzenmaier.

Horst Martin Rud.: Uns. Stammh. ist a. 16. 12. angek. Hans Zorn u. Fr. Käthe geb. Behrens. z. Zt. Städt. Krankenh.

Veranstaltungen

Gloria-Palast, Rondellplatz. Heute letzter Tag „Der Sonntagsgast". Ab Freitag, den 20. 12. 46 unser Festtagsprogramm „¾ Takt am Broadway", der große Ausstattungsfilm mit Mary Martin, Allan Jones in den Hauptrollen. Beginn: 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr. Vorverkauf: Von 10.00 bis 12.00 Uhr.

Roxy-Lichtspiele, Waldstraße 30. Heute letzter Tag „Der Sonntagsgast". Ab Freitag, den 20 12. 46 unser Festtagsprogramm „¾ Takt am Broadway", der große Ausstattungsfilm mit Mary Martin, Allan Jones in den Hauptrollen. Beginn: 14.00, 16.30 und 19.00 Uhr. Vorverkauf: 9.00 bis 11.00 Uhr.

Atlantik-Lichtspiele, Kaiserstr. 5 (Durlacher Tor): „Das grünende Korn". Heute letzter Tag. Ab Freitag, 20. 12. 46: „Der Sonntagsgast", eine Liebesgeschichte d.